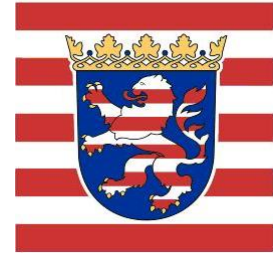




HESSEN



Bericht aus Brüssel

22/2021 vom 26.11.2021

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de**

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Europäisches Parlament.....	6
Ausschuss der Regionen.....	9
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	14
Energie.....	15
Digital.....	16
Forschung.....	17
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	19
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	22
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	25
Justiz.....	27
Inneres.....	29
Bildung und Kultur.....	32
Information, Kommunikation und Medien.....	32
EU-Förderprogramme.....	33
Veranstaltungen.....	36
Vorschau.....	39

Institutionelles

Kommission; Paket zur Stärkung der Demokratie und der Integrität von Wahlen

Am 25.11.2021 hat die Kommission ein neues Maßnahmenpaket zur Stärkung der Demokratie in Europa vorgestellt, das in erster Linie neue Vorschriften für politische Werbung, Wahlrecht und Parteienfinanzierung enthält. Ein Vorschlag richtet sich z.B. auf die Transparenz und die Ausrichtung von politischer Werbung. Ein anderer enthält wiederum eine Aktualisierung der EU-Vorschriften über politische Parteien und Stiftungen und über das Wahlrecht. Das Paket hat einerseits das Ziel, Maßnahmen zu ergreifen, die die Kennzeichnung politischer Werbung nach bestimmten Kriterien vorschreiben. So müsse der Name des Auftraggebers und ein leicht abrufbarer Transparenzvermerk, der den gezahlten Betrag, die Finanzierungsquellen und die Verbindung zwischen der Anzeige und der entsprechenden Wahl bzw. Abstimmung enthalten. Das Adressieren individueller Personen durch gezielte Wahlwerbung sind zukünftig verboten, sofern die betroffene Person dieser Methode nicht ausdrücklich zugestimmt hat. Zudem müssen jene Anzeigen nun auch Informationen darüber enthalten, auf welcher Grundlage die betreffende Person angesprochen wird. Verstöße sollen per Geldbuße durch die Mitgliedstaaten geahndet werden. Außerdem wird die Kommission mit einem weiteren Vorschlag die EU-Vorschriften über die Finanzierung politischer Parteien überarbeiten, um die Transparenz zu erhöhen und übermäßigen Verwaltungsaufwand zu verringern.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/1_1_177585_comm_en.pdf

Corona

EMA; Zulassung von zwei Medikamenten auf Basis monoklonaler Antikörper

Am 11.11.2021 hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) zwei Medikamente auf Basis monoklonaler Antikörper zur Behandlung von COVID-19 zugelassen. Bei den Medikamenten handelt es sich um Ronapreve auf Basis der monoklonalen Antikörper Casirivimab und Imdevimab sowie um das Medikament Regkirona auf Basis des monoklonalen Antikörpers Regdanvimab. Beide Medikamente verhindern den schweren Verlauf einer COVID-19 Erkrankung.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/covid-19-ema-recommends-authorisation-two-mono-clonal-antibody-medicines>

EMA; Antrag auf bedingte Zulassung von Novavax eingegangen

Am 17.11.2021 teilte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, dass der Antrag auf eine bedingte Zulassung des Impfstoffs Novavax eingegangen sei. Dabei handelt es sich um den bislang einzigen proteinbasierten Impfstoff gegen COVID-19. Eine Zulassung könne bereits in wenigen Wochen vorliegen, wenn die vorgelegten Daten ausreichend belastbar und vollständig sind, um die Wirksamkeit, Sicherheit und Qualität des Impfstoffs zu belegen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-receives-application-conditional-marketing-authorisation-novavax-covid-19-vaccine-nuvaxovid>

EMA; Zulassungsverfahren für Paxlovid gestartet

Am 19.11.2021 hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) Zulassungsverfahren für das Medikament Paxlovid des Pharmakonzerns Pfizer gestartet. Paxlovid soll den schweren Verlauf von COVID-19 Erkrankungen vorbeugen. EMA führt angesichts

der steigenden Coronafallzahlen sowohl ein reguläres wie auch ein verkürztes Zulassungsverfahren durch. Das Ergebnis des verkürzten Zulassungsverfahrens ist eine erste wissenschaftlich fundierte Empfehlung für MS. Das Ergebnis des verkürzten Zulassungsverfahrens könne bereits in wenigen Wochen vorliegen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-starts-review-paxlovid-treating-patients-covid-19>

EMA; Empfehlungen für das Medikament Lagevrio

Am 19.11.2021 hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) Empfehlungen für das Medikament Lagevrio veröffentlicht. Lagevrio, welches auch als Molnupiravir bekannt ist, ist ein Medikament welches den schweren Verlauf von COVID-19 Erkrankungen vorbeugen kann. EMA ist noch dabei, das Medikament zu prüfen, um eine offizielle Zulassung auszusprechen. Angesichts der steigenden Coronafallzahlen hat die EMA beschlossen eine wissenschaftlich fundierte Empfehlung bereits vor der Zulassung zu veröffentlichen, um MS zu informieren, die das Medikament schon vor der offiziellen Zulassung durch EMA einsetzen wollen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-issues-advice-use-lagevrio-molnupiravir-treatment-covid-19>

Rat; Reisebeschränkungen für Indonesien werden schrittweise aufgehoben

Am 18.10.2021 aktualisierte der Rat die Liste der Länder, für die die COVID-19 Reisebeschränkungen schrittweise aufgehoben werden sollen. Indonesien ist dabei eines der Länder, aus dem Reisenden mit einer geringeren Anzahl an Beschränkungen in die EU einreisen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/11/18/covid-19-council-adds-indonesia-to-the-list-of-countries-for-which-travel-restrictions-should-be-lifted/>

Kommission; Singapur und Togo in das digitale EU COVID Zertifikatssystem aufgenommen

Am 24.11.2021 teilte die Kommission mit, die digitalen COVID Zertifikate aus Singapur und Togo anzuerkennen. Das bedeutet, dass diese in das digitale EU COVID Zertifikatssystem aufgenommen werden und ihre Besitzerinnen und Besitzer sie EU-weit als Nachweis verwenden können. Dabei gelten für alle Zertifikate im Zertifikatssystem dieselben Voraussetzungen. Inzwischen sind die digitalen COVID Zertifikate von 51 Staaten im digitalen EU COVID Zertifikatssystem.

https://ec.europa.eu/info/publications/commission-implementing-decisions-eu-equivalence-covid-19-certificates-issued-non-eu-countries_en

Kommission; Pandemiebedingte Aktualisierung der Vorschriften zur Koordinierung des Personenverkehrs geplant

Die Kommission hat am 25.11.2021 angesichts stark steigender Infektionszahlen vorgeschlagen, die als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eingeführten Vorschriften zur Koordinierung eines sicheren und freien Personenverkehrs in der EU zu aktualisieren. Trotz eines signifikanten Anstiegs der Impfquote seit dem Sommer – das digitale COVID-Zertifikat der EU sei bislang mehr als 650 Mio. Mal ausgestellt worden – entwickle sich das Infektionsgeschehen in der EU weiter, weshalb einige Mitgliedstaaten zusätzliche Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit ergreifen und beispielsweise Booster-Impfungen vorsehen würden. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren schlägt die Kommission nunmehr eine stärkere Fokussierung auf einen „personenbezogenen“ Ansatz für Reisemaßnahmen sowie einen Standardzeitraum von neun Monaten nach der ersten Impfsérie, in dem Imp fzertifikate anerkannt werden, vor. Der Zeitraum von neun Monaten berücksichtige

die Leitlinien des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) für die Verabreichung von Booster-Impfungen ab einem zeitlichen Abstand von sechs Monaten und sieht einen zusätzlichen Zeitraum von drei Monaten vor, der sicherstellen soll, dass die nationalen Impfkampagnen entsprechend angepasst werden können und die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Booster-Impfungen haben. Darüber hinaus schlägt die Kommission eine Aktualisierung der EU-Ampelkarte sowie ein vereinfachtes Verfahren für eine „Notbremse“ vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6186

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Außenminister begrüßen Entwurf des Strategischen Kompasses

Am 15. und 16.11.2021 kamen die EU-Außenminister im Rahmen des Rates für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um den Entwurf des sog. Strategischen Kompasses zu erörtern. Dieser soll in Zukunft die Gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU in einen festen Rahmen gießen und die EU zukunftssicher machen. Durch den Strategischen Kompass hat die EU eine Richtlinie zur Entwicklung der europäischen Verteidigung für die Bereiche der Krisenbewältigung, der Widerstandsfähigkeit, der Entwicklung der Fähigkeiten und der globalen Partnerschaften geschaffen, die die Ausrichtung der EU für das nächste Jahrzehnt bestimmen wird. Außerdem vorgesehen ist u.a. der Aufbau einer schnellen Eingreifkapazität der EU bis 2025, für die eine Truppenstärke von etwa 5.000 Soldaten vorgesehen ist. Dies stelle aber nur eine der vielen Maßnahmen dar, die getroffen werden, um die EU auf schnelles Handeln in Krisensituationen bzw. -zeiten vorbereiten solle, so der Hohe Vertreter Josep Borrell.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-verteidigungsministerinnen-und-minister-und-aussenministerinnen-und-minister-der-eu-begrussen-den-entwurf-des-strategischen-kompasses/>

Rat; EU erweitert Sanktionen gegenüber Belarus

Am 15.11.2021 hat der Rat auf Empfehlung der EU-Kommission seine Sanktionsregelung angesichts der Lage an der EU-Grenze zu Belarus erweitert, um auf die jüngsten Machenschaften des Regimes in Minsk zu reagieren. Dieses nutzt seit geraumer Zeit den Zustrom zahlreicher Migrantinnen und Migranten, die auf dem Luftweg nach Minsk einreisen, um Druck auf die EU-Außengrenze auszuüben. Die EU wird durch die neuen Sanktionen nun in der Lage sein, noch gezielter gegen Personen, Organisationen oder Unternehmen, die an den Machenschaften des belarussischen Regimes beteiligt sind, vorzugehen und diese zu sanktionieren. Im Zuge dessen hat die Kommission eine schwarze Liste für diesen Zweck vorgeschlagen, auf der u.a. auch all jene Fluggesellschaften gelistet werden sollen, die sich am Schleusen von Migranten beteiligt haben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/11/15/belarus-eu-broadens-scope-for-sanctions-to-tackle-hybrid-attacks-and-instrumentalisation-of-migrants/>

Rat; EU stärkt Engagement auf dem westlichen Balkan

Am 15.11.2021 haben die EU-Außenminister auf dem Rat für auswärtige Angelegenheiten über konkrete Wege zur Stärkung des Engagements der EU mit dem westlichen Balkan über den Erweiterungsprozess hinaus beraten. Insbesondere stand die Frage im Mittelpunkt, wie die Partner des westlichen Balkans in außenpolitische Beratungen der EU einbezogen werden können und wie die Zusammenarbeit in den

Bereichen Cybersicherheit und hybride Bedrohungen sowie bei anderen Themen wie der Nutzung von Weltraumdaten verbessert werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2021/11/15/>

Rat; Liste neue Liste von Projekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich

Der Rat hat am 16.11.2021 einen Beschluss angenommen, mit dem die Liste an Projekten, die im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU (SSZ) im Verteidigungsbereich durchgeführt werden, erweitert wird. Damit werden 14 neue Projekte zu der Liste der 46 bestehenden Projekte hinzugefügt. Darunter die Projekte „Strategischer Lufttransport für übergroße Lasten“ (SATOC), „Mittelgroßes semiautonomes Überwasserfahrzeug“ (M-SASV), Verteidigung von Weltraumressourcen und ein Projekt zu taktischen Drohnen. Die Drohnen sollen dabei sowohl für Strafverfolgungsbehörden wie auch für Katastrophen und Rettungsdienste Verwendung finden. DEU ist einer der 25 MS, die an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit beteiligt sind (nicht beteiligt sind DNK, MTA).

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/11/16/eu-defence-cooperation-council-launches-the-4th-wave-of-new-pesco-projects/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Neuaufstellung Fraktionsvorsitzende

Am 17.11.2021 wurde die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García (S&D/ESP) in ihrer Fraktion mehrheitlich per Handzeichen für die zweite Hälfte der Legislatur wiedergewählt. Am 23.11.2021 hat auch die GUE-Fraktion im Europäischen Parlament die Mandate ihrer Ko-Vorsitzenden MdEP Manon Aubry (GUE/FRA) und MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) für die zweite Hälfte der Legislaturperiode des EP verlängert.

<https://left.eu/left-reconfirms-leadership-team-for-2024/>

Neuwahl des EP-Präsidenten, Kandidaten

Im Januar 2022 steht die Neuwahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments an. Am 24.11.2021 hat die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament MdEP Roberta Metsola (EVP/MTL) mit einer Mehrheit von 112 Stimmen zur EVP-Kandidatin für das Amt der EP-Präsidentin nominiert. Auf MdEP Ester de Lange (EVP/NDL) entfielen 44 Stimmen und auf MdEP Othmar Karas (EVP/AUT) 18. EP-Präsident David Sassoli (S&D, ITL) hat angekündigt, er wolle sich auch für die zweite Hälfte der Legislatur zur Wahl stellen. Darüber hinaus hat die GUE-Fraktion angekündigt, einen noch nicht namentlich bekannten Kandidaten für das Amt des EP-Präsidenten nominieren zu wollen.

Plenarsitzung vom 22.-25.11.2021

Endgültige Abstimmung über die Reform der EU-Agrarpolitik

Am 23.11.2021 nahmen die MdEP im Rahmen der Berichte Peter Jahr (EVP/DEU), Ulrike Müller (RN/DEU) und Eric Andrieu (S&D/FRA) die Bestimmungen zur neuen Gemeinsame Agrarpolitik an (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“).

Mindestlohnrichtlinie

Die MdEP haben am 25.11.2021 ihre Position zu einer Richtlinie, die allen Arbeitnehmern in der EU einen fairen und angemessenen Mindestlohn garantieren soll, beschlossen. Das EP billigte das vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale

Angelegenheiten erteilte Mandat mit einer Mehrheit von 443 - 192 - 58. Die Verhandlungen können beginnen, sobald der Rat seinen eigenen Standpunkt angenommen hat (siehe Beitrag unter „Soziales“).

Lage in Belarus und Rede von Oppositionsführerin Tichanowskaja

In einer Rede vor den MdEP forderte die belarussische Oppositionsführerin Svetlana Tichanowskaja am 24.11.2021 Europa auf, der Stimme des belarussischen Volkes mehr Gehör zu verschaffen. In ihrer Rede blickte Svetlana Tichanowskaja zunächst auf das brutale Vorgehen des belarussischen Regimes gegen Demonstranten und Andersdenkende nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen im August letzten Jahres zurück. Sie sprach über all diejenigen, die von den belarussischen Sicherheitskräften ins Visier genommen, inhaftiert oder sogar getötet wurden, wie der Menschenrechtsaktivist Ales Bialiatski, der Blogger Roman Protasewitsch, die politische Aktivistin Maria Kalesnikawa, der Kunstlehrer Roman Bandarenka, die Journalistinnen Daria Tschultsova und Katsiaryna Andreeva, die Olympionikin Krystsina Tsimanouskaya und viele mehr. Dabei stellte sie den MdEP die Frage: „Angenommen, der Missbrauch von Migranten wird irgendwie gestoppt, gehen Sie dann wirklich davon aus, dass der Missbrauch und die Drohungen des Regimes jenseits der Grenzen aufhören?“, fragte sie und warnte vor einer Zunahme des Schmuggels von Drogen und anderer illegaler Waren, militärischen Provokationen und sogar nuklearen Katastrophen an den Außengrenzen der EU. Tichanowskaja betonte auch, dass die belarussische Demokratiebewegung es sich nicht leisten könne, noch länger auf Europa zu warten, dass europäische Solidaritätsbekundungen und Besorgnis nun in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden müssten und dass Europa gegenüber der Autokratie „proaktiver“ werden müsse. Zu den europäischen Sanktionen sagte sie: „Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass Sanktionen wirken. Halten Sie weiter an einer konsequenten Sanktionspolitik fest. Sanktionen spalten die Eliten, zerstören Korruptionsmechanismen und spalten die Clique um Lukaschenko“, betonte sie.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-11-24-ITM-005_DE.html

Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in SLO

Am 24.11.2021 debattierten die MdEP über den Zustand der EU-Werte in SLO und konzentrierten sich dabei auf die Frage, ob die Rechtsstaatlichkeit und die Medienfreiheit bedroht seien. In der Debatte betonten viele MdEP, dass die Demokratie in SLO trotz positiver Entwicklungen nach wie vor stark bedroht sei. Die MdEP verwiesen auf die Streichung von Mitteln für die Medien, Online-Belästigungen, Klagen (SLAPPs) und Drohungen gegen kritische Stimmen im stark polarisiertem politischen Umfeld in SLO und erklärten, dass Regierungsbeamte (einschließlich des Ministerpräsidenten) für die Bemühungen verantwortlich seien, vermeintliche Kritiker zum Schweigen zu bringen. Mehrere MdEP wiesen auch auf politische Gründe hin, die die Ernennung von Staatsanwälten für die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) absichtlich verzögern. Sie wiesen auch auf die Korruption und die Auswirkungen der verzögerten Ernennung von Staatsanwälten für einschlägige Ermittlungen hin sowie auf die Bedrohung der Union durch die Ausbreitung illiberaler politischer Bewegungen in den MS. Eine große Anzahl von MdEP erklärte jedoch, dass die meisten Probleme, die im Mittelpunkt dieser Debatte standen, entweder gelöst oder politisch motiviert seien. Die Ernennung von Staatsanwälten für die EPPO sei am 24.11.2021 abgeschlossen worden, so die MdEP, die auch an die kürzlich gefundene Lösung für die Finanzierung der nationalen Nachrichtenagentur STA erinnerten. Daraufhin behaupteten viele MdEP, dass die Achtung der europäischen Werte in SLO kein Problem sei.

Gesundheitsunion: Stärkung der EU-Arzneimittelpolitik

Das EP hat im Rahmen des Berichts von MdEP Dolors Montserrat (EVP/ESP) Vorschläge zur Behebung von Engpässen bei Arzneimitteln, zur Verbesserung des Zugangs für Patienten zu Behandlungen, für eine gemeinsame öffentliche Beschaffung in der EU und zur Erhöhung der Preistransparenz vorgelegt. Der Bericht, der den Beitrag des EP zum Plan der Kommission zur Aktualisierung der EU-Arzneimittelgesetzgebung im Jahr 2022 darstellt, wurde am 24.11.2021 mit einer Mehrheit von 527 - 92 - 70 angenommen. Zu den wichtigsten Empfehlungen gehören die Bekämpfung der Ursachen von Arzneimittelknappheit, die Sicherstellung des Zugangs von Patienten zu sicheren, erschwinglichen und wirksamen pharmazeutischen Behandlungen, die Erhöhung der Transparenz bei Preisen und öffentlichen F&E-Finanzierungen sowie die Stärkung der Produktions- und Versorgungssicherheit in der EU. Während der Plenardebatte am 22.11.2021 erklärten die MdEP, dass eine der wichtigsten Lehren, die die politischen Entscheidungsträger aus der COVID-19-Pandemie gezogen haben, die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene in Verbindung mit der Verbesserung der Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit der nationalen Gesundheitssysteme sei. Die EU müsse sich bemühen, die Unabhängigkeit ihrer Arzneimittelversorgung wiederherzustellen und öffentlich-private Partnerschaften zu stärken, fügten sie hinzu. Eine große Mehrheit der MdEP forderte einen aktualisierten, soliden Rechtsrahmen, der die Sicherheit und Wirksamkeit pharmazeutischer Produkte garantiert, eine faire und transparente Preisgestaltung und die Einhaltung der Umweltverpflichtungen durch die Industrie.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0470_DE.html

EP fordert neue Optionen für legale Arbeitskräftemigration in die EU

Die MdEP haben am 25.11.2021 den Bericht von MdEP Abir AL-Sahlani (RN/SWE) zur legalen Arbeitskräftemigration mit einer Mehrheit von 497 - 160 - 38 angenommen. Darin befürworteten sie die Einrichtung eines EU-Talentpools, der Arbeitnehmer aus Drittländern mit potenziellen Arbeitgebern in der EU zusammenbringen soll, um den Arbeitskräftemangel in den MS anzugehen. Der Talentpool soll auf dem bestehenden EURES-Portal aufbauen. Das EP fordert darüber hinaus ein ehrgeiziges Zulassungssystem für Drittstaatsarbeitnehmer mit geringer oder mittlerer Qualifikation sowie einen Rahmen für die Anerkennung ihrer Kompetenzen und Qualifikationen. Die legale Einwanderung von Unternehmern in die EU sollte durch eine unionsweite Regelung für die Zulassung der Einreise und des Aufenthalts von Personen, die Unternehmen und Start-up-Unternehmen gründen wollen, sowie von hochmobilen Drittstaatsangehörigen wie Künstler und Kulturschaffende, erleichtert werden. Die MdEP fordern die Kommission auf, ein für fünf Jahre gültiges Visum für die mehrfache Einreise einzuführen, das Aufenthalte von bis zu 90 Tagen pro Jahr ermöglicht. Die MdEP fordern, dass die geltenden Regeln dahingehend geändert werden sollten, dass in einem MS langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige ab dem Tag, an dem ihr Aufenthaltstitel ausgestellt wird, zu vergleichbaren Bedingungen wie für Unionsbürger ihren ständigen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben dürfen, und dass die für die Erlangung eines langfristigen Aufenthaltstitels für die EU notwendige Anzahl der Aufenthaltsjahre von fünf auf drei Jahre reduziert wird. In der Entschließung wird auch die Vereinfachung der Antragsverfahren, auch für Visa, in den bestehenden Rechtsvorschriften zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis gefordert. Dies würde es ermöglichen, Anträge sowohl innerhalb eines MS - sofern der Antragsteller über einen gültigen Aufenthaltstitel verfügt – als auch von einem

Drittstaat aus einzureichen. Außerdem schlagen die MdEP vor, die derzeitigen Regeln für Saisonarbeitnehmer zu ändern, indem sie ihnen erlauben, bis zu drei Monate lang arbeitslos zu sein – um einen neuen Job zu suchen – ohne dass ihre bestehende Erlaubnis widerrufen wird.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0472_DE.html

EU-Haushalt 2022: Mehr Investitionen für einen starken Aufschwung

Am 24.11.2021 nahm das EP im Rahmen der Berichte von MdEP Karlo Ressler (EVP/KRO) und MdEP Damian Boeselager (GRÜNE/DEU) endgültig den EU-Haushalt für das kommende Jahr an (siehe Beitrag unter „Finanzen“).

Die EU sollte ihre eigene Versorgung mit kritischen Rohstoffen aufbauen

Eine Entschließung, die am 24.11.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Hildegard Bentele (EVP/DEU) mit einer Mehrheit von 543 - 52 - 94 angenommen wurde, zeigt auf, wie abhängig die EU von wichtigen Ressourcen ist, die für den digitalen und grünen Wandel benötigt werden. Um die Versorgung der EU mit Materialien zur Erzeugung wichtiger Spitzentechnologien zu verbessern, verlangt das EP Diversifizierung, mehr Recycling und innereuropäische Beschaffung. Die Entschließung fordert eine EU-Strategie zur Stärkung der strategischen Autonomie und Widerstandsfähigkeit bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, indem ein Sekundärmarkt mit recycelten Ressourcen, die diese Materialien enthalten, aufgebaut wird. Neue Materialien sollen aus der EU beschafft werden, die Quellen müssen diversifiziert werden und die Forschung sollte sich auf nachhaltige Alternativen zu diesen knappen Rohstoffen konzentrieren. Die MdEP sind der Ansicht, dass kurz- bis mittelfristig die Konzentration auf das Recycling allein nicht ausreichen dürfte, um die steigende Nachfrage nach kritischen Rohstoffen zu decken. Sie fordern, nachhaltige Beschaffungsmöglichkeiten in MS mit großen Vorkommen an kritischen Rohstoffen weiter zu erkunden. Das EP fordert die MS auf, den fristgerechten Abschluss, die Berechenbarkeit und die Transparenz der Genehmigungsverfahren für Prospektions- und Gewinnungsprojekte zu verbessern, ohne dabei die Umwelt- und Sozialnormen zu senken. Projekte mit kritischen Rohstoffen sollten auch bessere Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der nationalen Aufbaupläne und der Taxonomie-Verordnung erhalten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0468_DE.html

Einführung eines europäischen Sozialversicherungsausweises

In einer am 25.11.2021 angenommenen Entschließung fordern die MdEP die Kommission auf, ihre Pläne für einen digitalen Europäischen Sozialversicherungsausweis („European social security pass“, ESSP) zu beschleunigen, um die Übertragbarkeit von Sozialversicherungsansprüchen für mobile Arbeitnehmer zu erleichtern (siehe Beitrag unter „Soziales“).

Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 16.11.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand eine Debatte zum Thema „Integration von Migranten auf subnationaler Ebene“ statt. Darüber hinaus fand der Jährliche Dialog mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zum Thema „die Human Rights Cities in der EU: ein Rahmen für die Stärkung der Rechte auf der lokalen Ebene“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173951&meetingSessionId=2216783>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 22.11.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf „eine Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU“ statt. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu folgenden Themen statt: „Künftige EU-Beihilfen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländliche Gebiete“, „Behörde für Krisenreaktion bei gesundheitlichen Notlagen“ sowie „Neue EU-Waldstrategie für 2030“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173833&meetingSessionId=2216657>

AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung

Am 23./24.11.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fanden Abstimmungen über die folgenden Stellungnahmeentwürfe „EU-Aktionsplan: Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“, „lokale und regionale Gebietskörperschaften als treibende Kraft für die Umsetzung der EU-Initiative für Bestäuber“, „Geschlechtergleichstellung und Klimawandel: systematische Berücksichtigung der Geschlechterperspektive im europäischen Grünen Deal“ sowie „Anpassung des EHS und des CO₂-Grenzausgleichssystems an die Bedürfnisse der Städte und Regionen der EU“ statt. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu folgenden Themen statt: „Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030“, „Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030“ sowie „eine sozial gerechte Umsetzung des Grünen Deals“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173766&meetingSessionId=2216578>

Wirtschaft

Kommission; Bericht über Beschäftigung und Handel 2021

Die Kommission veröffentlichte am 12.11.2021 ihren Bericht über Handel und Beschäftigung 2021. Dieser zeigt auf, dass EU-Ausfuhren über 38 Mio. Arbeitsplätze sichern. Die aufgeführten Statistiken zeigen, dass im EU Vergleich in DEU mit 13,9 Mio. die meisten durch Ausfuhren unterstützte Arbeitsplätze im Jahr 2019 bestanden. DEU erfuhr das größte Wachstum an Arbeitsplätzen, die durch EU-Ausfuhren betroffen sind (+6,2 Mio. Arbeitsplätze). In der EU fand zwischen 2000 und 2019 ein Anstieg der mit EU-Ausfuhren in Verbindung stehenden Beschäftigung um 16,4 Mio. Arbeitsplätze (75%) auf insgesamt 38,1 Mio. Arbeitsplätze statt. Der größte Teil dieses Anstiegs entfiel auf DEU (+4,0 Mio. Arbeitsplätze). DEU war auch der Mitgliedstaat, der am meisten zur Förderung der Beschäftigung außerhalb der EU beigetragen hat (4,6 Mio. Arbeitsplätze), insbesondere in China (1,2 Mio. Arbeitsplätze), Indien (488.200 Arbeitsplätze) und Russland (285.400 Arbeitsplätze).

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/november/tradoc_157516.pdf

Eurostat; Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr in Höhe von 7,3 Mrd. EUR im September 2021

Das statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlichte am 15.11.2021 eine Statistik zu den Warenausfuhren und Einfuhren im Euroraum. Demnach kam es im September

2021 im Euroraum zu einem Überschuss von 7,3 Mrd. EUR im internationalen Warenverkehr. Im Vergleich zum September 2020 sind die Ausfuhren um 10% gestiegen, während sich bei den Einfuhren ein Anstieg von 21,6% im Vergleich zum Vorjahr stattfand. In DEU lässt sich für den Zeitraum von Januar bis September im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr ein Anstieg von 15% bei Einfuhren und Ausfuhren beobachten. Die größten Veränderungen im Euroraum fanden in GRI (Extra-EU-Ausfuhren +59,7%; Extra-EU-Einfuhren +73%) und SLO (Extra-EU-Einfuhren +81,5%) statt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/-/6-15112021-ap>

Rat; Kohäsionspolitik als einer der wirksamsten Politikbereiche zur Verwirklichung wichtiger Unionsziele

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion) hat am 18.11.2021 eine Aussprache über den Beitrag der Programme der Kohäsionspolitik zu Erholung, wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit, grünem und digitalem Wandel, Resilienz und wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion geführt. Dabei betonten die Mitgliedstaaten, dass die Folgen der COVID-19 Pandemie eine enorme Herausforderung für den territorialen Zusammenhalt der EU darstellen. Erforderlich sei ein gemeinsamer Ansatz der EU, bei welchem keine Region zurückgelassen werde. Die Kommission äußerte sich dahingehend, dass die Mitgliedstaaten die Chancen bestmöglich nutzen sollten, die sich aus dem umfangreichen Finanzierungspaket mit Mitteln aus „NextGenerationEU“ und dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 ergeben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2021/11/18/>

Kommission; Verlängerung und Anpassung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen

Die Kommission hat am 18.11.2021 beschlossen, den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der wirtschaftlichen Erholung in der COVID-19 Pandemie, der ursprünglich am 31.12.2021 ausgelaufen wäre, bis zum 30.06.2022 zu verlängern. Zudem hat die Kommission mit der Änderung des Rahmens zwei neue Instrumente eingeführt, die dazu dienen sollen, die derzeitige Erholung der europäischen Wirtschaft nachhaltig zu unterstützen. Ein Instrument zur Investitionsförderung soll laut Kommission dazu beitragen, die durch die Krise verursachte Investitionslücke zu schließen. Hierbei können die MS die Beihilfen in Form von rückzahlbaren und nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Steuervergünstigungen oder -stundungen, Zinsvergünstigungen für Darlehen oder Bürgschaften weitergeben. Die Beihilfen unter diesem Instrument stehen den MS bis zum 31.12.2022 zur Verfügung. Daneben soll ein Instrument für befristete Solvenzhilfen den MS erlauben, die Solvenz von kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen. Dieses Instrument steht den MS bis zum 31.12.2023 zur Verfügung.

https://ec.europa.eu/competition-policy/state-aid/coronavirus/temporary-framework_en

Kommission; Beitrag der Wettbewerbspolitik und ihrer Überprüfung zum ökologischen und digitalen Wandel und zu einem widerstandsfähigen Binnenmarkt

Die Kommission hat am 18.11.2021 eine Mitteilung unter dem Titel „Wettbewerbspolitik, die auf neue Herausforderungen vorbereitet ist“ veröffentlicht, in der sie die verschiedenen Aspekte und Instrumente der Wettbewerbspolitik der EU einget. Die Kommission hebt in ihrer Mitteilung die Fähigkeit der Wettbewerbspolitik hervor, sich an neue Marktgegebenheiten, politische Prioritäten und Kundenbedürfnisse anzupassen. Die Politik könne einen entscheidenden Beitrag für

die Erholung Europas, den ökologischen und digitalen Wandel und für einen widerstandsfähigen Binnenmarkt leisten. Die Kommission betont weiter, dass die Instrumente der EU-Handelspolitik durch eine internationale Wettbewerbsförderung und Zusammenarbeit z.B. durch internationale Partnerschaften zur Beseitigung strategischer Schwachstellen in der Lieferkette ergänzt werden müssen. Die Kommission führe deshalb derzeit eine Überprüfung der wettbewerbspolitischen Instrumente (Fusionskontrolle, Kartellrecht und staatliche Beihilfen) durch, um sicherzustellen, dass diese weiter zweckmäßig sind und das bestehende Instrumentarium ergänzen. Im Anhang zur Mitteilung sind die einzelnen Maßnahmen aufgeführt, die gegenwärtig von der Kommission überprüft werden. Dieser enthält auch einen Zeitplan für die einzelnen Maßnahmen.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2021\)713&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2021)713&lang=en)

Kommission; Übernahme von T-Mobile Netherlands durch Warburg Pincus und Apax von Kommission genehmigt

Die Kommission hat am 23.11.2021 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die niederländische T-Mobile Netherlands Holding B.V. durch das britische Unternehmen Warburg Pincus LLC und das US-amerikanische Unternehmen Apax Partners LLP nach der Fusionskontrollverordnung genehmigt. Die Deutsche Telekom AG hielt bisher einen kontrollierenden Anteil der Aktien der T-Mobile Netherlands. Warburg Pincus ist eine weltweit tätige Private-Equity-Gesellschaft, deren Portfoliounternehmen in einer Vielzahl von Sektoren tätig sind. Apax Partners erbringt Investitionsberatungsdienste für Private-Equity-Fonds, die in einer Reihe von Branchen investieren. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die geplante Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da es keine horizontalen Überschneidungen oder vertikalen Verbindungen zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen gebe.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_104_95

EuRH: Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik

Am 23.11.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen Sonderbericht zur Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Der EuRH kam zu dem Schluss, dass die Kommission jährlich eine geschätzte Mindestfehlerquote angibt, die nicht endgültig ist. Denn die Kommission veröffentlicht jährlich eine Schätzung der Unregelmäßigkeiten bei den Ausgaben zur Kohäsionspolitik. Die Kommission prüfe zu diesem Zweck mit hohem Aufwand die Jahresrechnungen der Mitgliedstaaten und die Zuverlässigkeit von deren Angaben zur Ordnungsmäßigkeit in diesem Politikbereich. In dem Sonderbericht kommt der EuRH zu dem Ergebnis, dass die auf dieser Grundlage von der Kommission mitgeteilten Fehlerquoten nicht endgültig sind und dass das tatsächliche Ausmaß der Unregelmäßigkeiten wahrscheinlich zu niedrig angesetzt ist. Dies sei auf die begrenzte Prüfungsabdeckung sowohl der operationellen Programme als auch der Vorhaben durch die „Compliance-Prüfungen“ der Kommission, auf die ihren Aktenprüfungen innewohnenden Beschränkungen und auf mit ihrer Prüfungstätigkeit zusammenhängende Umstände zurückzuführen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_26/SR_LR-in-cohesion_DE.pdf

Kommission; Bereitstellung von 11 Mrd. EUR für REACT-EU für 2022

Die Kommission hat am 24.11.2021 die Zuweisung der REACT-EU-Mittel für das Jahr 2022 bekannt gegeben. Rund 11 Mrd. EUR stehen für die Programmplanung in den 27 Mitgliedstaaten zur Verfügung. Diese Mittel ergänzen die 2021 zur Verfügung

gestellten Mittel. Die Zuweisungen basieren auf dem BIP sowie der Arbeitslosen- und der Jugendarbeitslosenquote der Mitgliedstaaten. Bei der Aufschlüsselung werden darüber hinaus die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten (anhand statistischer Daten vom 19.10.2021) berücksichtigt. DEU steht nach den derzeitigen Preisen ca. 518 Mio. EUR für das Jahr 2022 zu, die bis Ende 2023 abgerufen werden müssen. REACT-EU stellt im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) bis 2023 zusätzliche Mittel zur Verfügung. Damit sollen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID 19-Pandemie in Europa abgedeckt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6103

Kommission; Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen und Exportkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck

Die Kommission hat am 23.11.2021 ihre ersten Berichte über die Umsetzung der Regeln zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen und über die Exportkontrollen von Gütern mit potenzieller militärischer Verwendung veröffentlicht. Die Kommission hat im Rahmen ihres Screenings von ausländischen Direktinvestitionen (FDI-Screening) bis Ende Juni 2021 265 Transaktionen geprüft, die von den Mitgliedstaaten gemeldet wurden. Damit hat die Kommission insgesamt bereits 400 ausländische Investitionen geprüft, obwohl die neue Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen erst seit rund einem Jahr in Kraft ist. Zudem wurden über 30.000 Anträge auf die Ausfuhr von Gütern und Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische oder terroristische Zwecke eingesetzt werden können, von den Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Ausfuhrkontrollregelung geprüft. Dabei wurden 603 dieser Ausfuhren blockiert.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/november/tradoc_159935.pdf

Rat; Orientierungsaussprache zur Umsetzung des Aufbauplans für Europa

Am 25.11.2021 tagte der Rat Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie). Die Ministerinnen und Minister führten eine Orientierungsaussprache über die Umsetzung des Aufbauplans für Europa, bei der die Rolle des Rates „Wettbewerbsfähigkeit“ für die Bereitstellung von Orientierung im Mittelpunkt stand. Bisher wurden die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, die Investitionen und Reformen umfassen, für 22 Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von BUL, NDL, POL, SWE, HUN) verabschiedet. Nach Annahme der Durchführungsbeschlüsse des Rates zur Billigung der Pläne können die Mitgliedstaaten Finanzhilfe- und Darlehensvereinbarungen unterzeichnen, die eine Vorfinanzierung von bis zu 13% ermöglichen. Die Ministerinnen und Minister erläuterten die Herausforderungen, die sie bei der Umsetzung der Pläne sehen, wie z.B. die derzeitigen Lieferengpässe im Bereich der Halbleiter und Rohstoffe sowie den derzeitigen Mangel an Arbeitskräften. Viele Mitgliedstaaten begrüßten den bevorstehenden „Chips Act“ der Kommission und den Vorschlag für ein zweites wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) zur Mikroelektronik.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/11/25/>

Kommission; Überarbeitete Mitteilung über die Beihilfavorschriften für wichtige Vorhaben

Die Kommission hat am 25.11.2021 eine überarbeitete Mitteilung über die Beihilfavorschriften für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse („IPCEI-Mitteilung“) verabschiedet. Damit hat die Kommission die IPCEI-Mitteilung aus 2014 angepasst, um den Erfahrungen aus der bisherigen Anwendung Rechnung zu tragen, aber vor allem auch, um die relevanten Vorschriften an die aktuellen EU-Prioritäten anzupassen. Die Mitteilung enthält die Kriterien, nach denen die

Kommission die Unterstützung der Mitgliedstaaten für grenzübergreifende IPCEI beurteilt, die Marktversagen beheben und bahnbrechende Innovationen in Schlüsselsektoren und -technologien sowie Infrastrukturinvestitionen mit positiven „Spillover-Effekten“ auf die gesamte EU-Wirtschaft ermöglichen. Der europäische und offene Charakter von IPCEI soll mit den neuen Vorschriften zudem weiter gestärkt werden. Auch die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen soll gestärkt werden. Im Anhang der Mitteilung sind Kriterien für die Würdigung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse aufgeführt. Die überarbeitete IPCEI-Mitteilung gilt ab dem 01.01.2022. Die IPCEI-Mitteilung ergänzt weitere Vorschriften über staatliche Beihilfen wie die Allgemeine Gruppenfreistellungs-verordnung und den Unionsrahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6245

V e r k e h r

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU wegen mangelhafter Umsetzung der EU-Vorschriften über Marktöffnung und Infrastrukturverwaltung im Schienenverkehr

Die Kommission hat am 12.11.2021 beschlossen, wegen der mangelhaften Umsetzung der Richtlinie 2016/2370/EU Vertragsverletzungsverfahren gegen BUL und DEU einzuleiten. Mit der genannten Richtlinie wurde die Richtlinie 2012/34/EU bezüglich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und der Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur geändert. Eisenbahnunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat erhalten damit grundsätzlich das Recht, alle Arten von Personenverkehrsdiensten überall in der EU zu erbringen. Zudem wurden die Vorschriften über die Unparteilichkeit des Infrastrukturbetreibers gestärkt. DEU und BUL haben nun zwei Monate Zeit, um auf die von der Kommission vorgebrachten Beanstandungen zu reagieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_21_5342

Kommission; EU und Armenien unterzeichnen Luftverkehrsabkommen

Die EU und Armenien haben am 15.11.2021 ein Abkommen über den gemeinsamen Luftverkehrsraum unterzeichnet, das auf gemeinsamen hohen Standards in den Bereichen Flugsicherheit, Luftsicherheit und Flugverkehrsmanagement beruht. Durch das Abkommen können mehr Direktverbindungen angeboten werden. Alle EU-Luftfahrtunternehmen dürfen von jedem beliebigen Ort in der EU zu jedem Flughafen in Armenien Direktflüge durchführen und umgekehrt gilt dies auch für alle armenischen Luftfahrtunternehmen. Durch die Bestimmungen über einen offenen und fairen Wettbewerb werden gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet. Alle bestehenden Beschränkungen für Flüge zwischen Armenien und der EU sollen aufgehoben werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5981

Eurostat; Die Straßen in der EU gehören zu den sichersten der Welt

Das statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlichte am 21.11.2021 eine Statistik zur Verkehrssicherheit in den Regionen der EU. 2019 gab es in der EU im Durchschnitt 52 Verkehrstote pro eine Mio. Einwohner. Hessen ist in der Statistik nach den drei Regierungspräsidien in die Regionen Kassel, Gießen und Darmstadt unterteilt und liegt in allen Regionen unter dem EU-weiten Durchschnitt. Darmstadt schneidet mit einer Anzahl von 31,0 Verkehrstoten per Mio. Einwohner und 4.257 Verkehrsunfällen per Mio. Einwohner am besten unter den Regierungspräsidien ab. Um das Problem

der Straßenverkehrssicherheit anzugehen, hat die EU die "Vision Zero" verabschiedet, die darauf abzielt, die Zahl der Verkehrstoten auf den Straßen der EU bis zum Jahr 2050 auf nahezu Null zu reduzieren. Zwischen 2009 und 2019 ist die Zahl der Verkehrstoten in der EU um fast ein Drittel (-32 %) gesunken.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/edn-20211121-1>

Kommission; Aktualisierung der EU-Flugsicherheitsliste

Die Kommission veröffentlichte am 25.11.2021 eine Aktualisierung der EU-Flugsicherheitsliste. In dieser werden diejenigen Luftfahrtunternehmen aufgeführt, für die in der EU Flugverbote oder Betriebsbeschränkungen gelten, weil sie die internationalen Sicherheitsstandards nicht erfüllen. Mit der Aktualisierung wurden alle in Moldau zugelassenen Luftfahrtunternehmen von der EU-Flugsicherheitsliste gestrichen, nachdem die Flugsicherheit im Land verbessert worden war. Ein russisches Luftfahrtunternehmen wurde jedoch aufgrund von Bedenken hinsichtlich seiner Fähigkeit, internationale Standards einzuhalten, neu in die Liste aufgenommen. Mit der Aktualisierung wird aktuell insgesamt 97 Fluggesellschaften der Betrieb im Luftraum der EU untersagt.

https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/eu-air-safety-list_en

E n e r g i e

Kommission; ACER; Vorläufiger Bericht geht von effizientem Strommarktdesign aus

Die europäische Agentur der nationalen Energieregulierungsbehörden (ACER) hat am 15.11.2021 im Auftrag der Kommission eine vorläufige Bewertung des Strommarktdesigns vorgelegt. Einige Mitgliedstaaten der EU forderten in Reaktion auf die hohen Strompreise über die letzten Monate strukturelle Anpassungen. Insbesondere wurde gefordert, von dem bestehenden Preissetzungssystem abzuweichen. Derzeit wird der Großhandelspreis nach den Grenzkosten des letzten Kraftwerks in der Einsatzreihenfolge von Kraftwerken („Merit-Order-Modell“) berechnet. Die Agentur ACER kam in ihrem vorläufigen Bericht zu dem Ergebnis, dass dieses Modell aber weiterhin kosteneffizienter sei als alternative Modelle. Die Grenzpreisgestaltung ermögliche es den Kraftwerksbetreibern, hohe Kapitalkosten zu decken. Zudem steige die Bedeutung von Preisspitzen am Strommarkt in einem immer stärker von volatilen erneuerbaren Energien geprägten Stromsystem, da diese Anreize für die Bereitstellung von Flexibilität setzen würden. Im finalen Bericht, der im April 2022 erwartet wird, will ACER auf eine mögliche Anpassung des Strommarktdesigns genauer eingehen.

https://extranet.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Publication/ACER%27s%20Preliminary%20Assessment%20of%20Europe%27s%20high%20energy%20prices%20and%20the%20current%20wholesale%20electricity%20market%20design.pdf

Kommission; Fünfte Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse für einen stärker integrierten und resilienteren Energiemarkt

Die Kommission hat am 19.11.2021 die fünfte Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) im Energiebereich verabschiedet. Dabei handelt es sich um 23 grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte, mit denen ein stärker integrierter und widerstandsfähiger Energiebinnenmarkt geschaffen werden soll. Diese fünfte PCI-Liste umfasst 98 Projekte: 67 Projekte im Bereich Stromtransport und -speicherung, 20 im Bereich Gas, 6 Projekte für CO₂-Netze und 5 Projekte für intelligente Netze.

Innerhalb von DEU wird beispielsweise eine Stromverbindung zwischen Emden-Ost und Osterath eingerichtet, eine weitere zwischen Osterath und Philippsburg (Ultranet) sowie eine Linie zwischen Brunsbüttel/Wilster und Großgartach/ Bergrheinfeld-West (Südlink). Andere Projekte, bei denen DEU involviert ist, sind Knotenpunkte in der Nordsee mit Verbindungsleitungen zu den angrenzenden Nordseeländern (DNK, DEU, NDL), derzeit bekannt als "North Sea Wind Power Hub", und das „Athos Projekt“. Letzteres sieht eine Infrastruktur für den Transport von CO2 aus Industriegebieten in den NDL vor. Es ist aber auch offen für die Aufnahme von zusätzlichem CO2 aus anderen Mitgliedstaaten wie IRL und DEU.

https://ec.europa.eu/energy/sites/default/files/fifth_pci_list_19_november_2021_anne_x.pdf

Digital

Kommission; Ergebnisse des DESI-Index 2021

Die Kommission hat am 12.11.2021 die Ergebnisse des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2021 (DESI) veröffentlicht. Der DESI misst jährlich die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Humankapital, Breitbandanbindung, Integration digitaler Technik in Unternehmen und digitale öffentliche Dienste. DEU belegt 2021 im Ranking der EU-27 Platz 11. Führend sind DNK, FIN und SWE. DEU liegt im Bereich Konnektivität auf Platz 6. Die Abdeckung mit Festnetzen mit sehr hoher Kapazität hat sich verbessert (von 33% auf 55,9%). Sie liegt aber weiter unter dem EU-Durchschnitt (59,3%). Im Bereich Humankapital schneidet DEU bei fast allen Indikatoren im EU-Vergleich überdurchschnittlich gut ab (Platz 7). Es besteht weiterhin ein Mangel an IKT-Fachkräften. Der Frauenanteil unter den IKT-Fachkräften insgesamt liegt bei 18% und damit leicht unter dem EU-Durchschnitt. Der Fachkräftemangel beeinflusst die Integration der Digitaltechnik durch Unternehmen. Weniger als ein Drittel der Unternehmen (29%) gaben an, Informationen auf elektronischem Wege auszutauschen, und nur 18% der KMU stellen elektronische Rechnungen aus. Damit liegt DEU auf Rang 18 im EU-Durchschnitt. Bei den digitalen öffentlichen Diensten sind dem Index zufolge insgesamt Verbesserungen zu verzeichnen; hier erreicht DEU Platz 16. Die Kommission mahnt weitere Anstrengungen an, z.B. um die Interoperabilität der bereitgestellten Dienste sicherzustellen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi>

Kommission; Konsultation zum Entwurf für neue Breitbandleitlinien

Die Kommission hat am 19.11.2021 ihren Entwurf für überarbeitete Breitbandleitlinien zur Konsultation gestellt. Alle interessierten Kreise sind aufgefordert, bis zum 11.02.2022 zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung zu nehmen. Die Breitbandleitlinien legen fest, unter welchen Bedingungen die Mitgliedstaaten den Infrastrukturausbau fördern können, wenn für kommerzielle Betreiber keine Investitionsanreize bestehen. Die aktuellen Leitlinien von 2013 gelten als überarbeitungsbedürftig. Der Entwurf sieht neue Geschwindigkeitsschwellen für öffentlich geförderte Gigabit-Festnetze vor und enthält zusätzliche Erläuterungen zur Förderung des Ausbaus mobiler Netze. Ferner will die Kommission mit Gutscheinen eine neue Kategorie möglicher Beihilfen als nachfrageseitige Maßnahme einführen. Schließlich sollen die neuen Leitlinien bestimmte Begriffe präziser als bisher beschreiben.

https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-broadband_en

Rat; Einigung auf Digital Markets Act und Digital Services Act

Die Mitgliedstaaten haben auf dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 25.11.2021 eine Allgemeine Ausrichtung auf zwei wichtige Legislativvorhaben im Bereich der EU-Digitalpolitik, den Digital Markets Act (DMA) und den Digital Services Act (DSA), erzielt. Damit haben sie auch ihre Position für die Verhandlungen mit dem EP festgelegt, die 2022 aufgenommen werden sollen. Die Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, dass Suchmaschinen in den Anwendungsbereich des DSA aufgenommen werden sollen, einschließlich besonderer Pflichten für besonders große Suchmaschinen. Manipulative Techniken wie sog. „Dark Patterns“ sollen verboten werden; bei Online-Werbung dagegen setzt der Rat auf Transparenz, verbietet personalisierte Werbung jedoch nicht. Die Grundsätze der eCommerce-Richtlinie wie das Herkunftslandprinzip und das Verbot einer allgemeinen Überwachung digitaler Inhalte sollen erhalten bleiben. Beim DMA belässt es der Rat bei den von der Kommission vorgeschlagenen quantitativen Kriterien für die Benennung von sog. Torwächter-Plattformen, will das Verfahren zu ihrer Benennung durch Verkürzung der Fristen aber straffen. Auch die Ge- und Verbotstatbestände in Art. 5 und 6 bleiben in ihrer Struktur bestehen, werden aber erweitert. So hat der Rat in Art. 6 eine Bestimmung aufgenommen, die das Recht von Nutzerinnen und Nutzern, Dienste abzubestellen, stärkt (Art. 6 Nr. 1l neu). Die Kommission wird ermächtigt, Leitlinien anzunehmen, um die Anwendung und Durchsetzung des DMA zu erleichtern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/11/25/>

F o r s c h u n g

Rat; Forschung; Partnerschaften

Der Rat der EU hat unter dem Vorsitz von SLO am 19.11.2021 den Gesetzesvorschlag der Kommission zur Einrichtung von zehn Partnerschaften im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa gebilligt. Die öffentlich-privaten Partnerschaften werden sich mit den Bereichen Klimaschutz, Gesundheit, Technologie befassen und die Kommission wird insgesamt rund 10 Mrd. EUR in diese Bereiche investieren. Die Entscheidung folgt auf den Vorschlag der Kommission vom Februar 2021, der darauf abzielt, den Übergang zu einem grünen, klimaneutralen und digitalen Europa rascher voranzubringen und die europäische Industrie widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Private Partner der EU werden das Budget aufstocken. Zu den beschlossenen Partnerschaften gehören u.a. die Bereiche Innovation im Gesundheitswesen, Kreislaufwirtschaft, Digitale Schlüsseltechnologien, Europas Eisenbahnen und Luftfahrt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/grunes-licht-zehn-milliarden-euro-fur-europaische-partnerschaften-fur-den-grunen-und-digitalen-2021-11-19_de

Kommission; EIT; Ausschreibung für Hochschulen

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 18.11.2021 die zweite Förderausschreibung im Rahmen seiner EIT-Pilotinitiative für Hochschulen veröffentlicht. Im Rahmen dieses neuen Calls sollen bis zu 40 Konsortien von Hochschuleinrichtungen und nichtakademischen Organisationen (Unternehmen, Forschungszentren, Behörden und Verbände) mit jeweils maximal 1,2 Mio. EUR unterstützt werden. Mit dieser Ausschreibung beabsichtigt das EIT, dass Hochschuleinrichtungen Aktivitäten entwickeln, die ihre unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten verbessern. Das EIT ist ein fester Bestandteil der dritten innovationsausgerichteten Säule des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont

Europa, das sich der Verbesserung der Innovationsökosysteme in der ganzen EU widmet.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/neue-ausschreibung-soll-40-hochschulnetzwerke-bei-innovationsforderung-unterstutzen-2021-11-18_de

Finanzdienstleistungen

Kommission; Konsultation zu den EU-Regeln für Hypothekarkredite

Die Kommission hat am 22.11.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Hypothekarkredite eingeleitet. Die geltende Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge regelt Kredite an Verbraucherinnen und Verbraucher zum Erwerb von Wohnimmobilien, die als Sicherheit dienen. Bei der öffentlichen Konsultation werden mögliche Hindernisse für die grenzüberschreitende Bereitstellung von Hypotheken untersucht und es wird überprüft, ob die Vorschriften angesichts neuer Entwicklungen wie Digitalisierung und nachhaltiges Finanzwesen weiterhin zweckmäßig sind. Die Konsultation soll neben möglicherweise notwendiger Anpassungen an die Digitalisierung und Nachhaltigkeit auch bewerten, ob die Covid-19-Krise Änderungen nötig macht. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die bestehenden Vorschriften weiterhin ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleisten, die Ziele des Binnenmarkts fördern und zur Finanzstabilität beitragen. Die öffentliche Konsultation läuft bis zum 28.02.2022.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-regeln-fur-hypothekarkredite-ihre-meinung-ist-gefragt-2021-11-22_de

Rat; Einigung über MiCA und DORA erzielt

Der Rat hat am 24.11.2021 seinen Standpunkt zu zwei Vorschlägen festgelegt, die Teil des Pakets für digitale Finanzen sind: die Verordnung über Märkte für Krypto-Assets (MiCA) und der Gesetzesentwurf zur Harmonisierung und Verbesserung der digitalen Resilienz (DORA). Diese Einigung bildet das Verhandlungsmandat des Rates für die Trilog-Verhandlungen mit dem EP. Ziel von MiCA ist es, einen Rechtsrahmen für den Markt für Krypto-Assets zu schaffen, der Innovationen unterstützt und das Potenzial von Krypto-Assets in einer Weise nutzt, die die Finanzstabilität bewahrt und die Anleger schützt. DORA zielt darauf ab, einen Rechtsrahmen für die digitale betriebliche Widerstandsfähigkeit zu schaffen, mit dem alle Unternehmen sicherstellen, dass sie allen Arten von auf Informations- und Kommunikationstechnologien bezogenen Störungen und Bedrohungen standhalten können, um Cyber-Bedrohungen zu verhindern und abzuschwächen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/11/24/digital-finance-package-council-reaches-agreement-on-mica-and-dora/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Digital+finance+package:+Council+reaches+agreement+on+MiCA+and+DORA

Rat; EP; Politische Einigung über die DLT-Pilotregelung

EP und Rat erzielten am 24.11.2021 eine politische Einigung über eine Verordnung über eine Pilotregelung für Marktinfrastrukturen auf der Grundlage der Distributed-Ledger-Technologie (DLT-Pilotregelung). Die Pilotregelung soll es den Regulierungsbehörden und Marktteilnehmern in der EU ermöglichen, Erfahrungen mit der Distributed-Ledger-Technologie zu sammeln. Die Technologie wird für den Handel und die Abwicklung von tokenisierten Finanzinstrumenten verwendet, eine bekannte Anwendung ist die Blockchain-Technologie. Informationen zu Transaktionen werden mit der DLT dezentral und fälschungssicher gespeichert. Die Pilotregelung soll

sicherstellen, dass Risiken für den Anlegerschutz, die Marktintegrität und die Finanzstabilität bewältigt werden können. Auf diese Weise wird die Pilotregelung dazu beitragen, Sekundärmärkte für Finanzinstrumente in Form von Kryptowerten zu entwickeln und die Einführung dieser Technologie im Bereich Handel und Nachhandel zu fördern.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/digitales-finanzwesen-kommission-begrusst-eine-politische-einigung-uber-die-dlt-pilotregelung-2021-11-25_de

Kommission; Vorschläge für Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Kapitalmärkte

Die Kommission hat am 25.11.2021 ein Maßnahmenpaket vorgestellt, um die Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten von Unternehmen in der gesamten EU zu verbessern und die Investitionsmöglichkeiten von Anlegern auszuweiten. Mit den Vorschlägen soll sichergestellt werden, dass Anleger besseren Zugang zu Unternehmens- und Handelsdaten haben. Die Maßnahmen sollen auch langfristige Investitionen fördern und den grenzüberschreitenden Verkauf von Investmentfonds erleichtern und sicherer machen. Das Paket enthält Legislativvorschläge für einen einheitlichen europäischen Zugangspunkt für öffentliche Finanz- und nachhaltigkeitsbezogene Informationen über EU-Unternehmen und EU-Anlageprodukte, für die Überarbeitung der Verordnung über europäische langfristige Investmentfonds, die Überarbeitung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds und die Überarbeitung der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6251

Finanzen

Rat; EP; Einigung über den EU-Haushaltsplan 2022

Rat und EP haben am 16.11.2021 bekannt gegeben, eine Einigung über den EU-Haushaltsplan für 2022 mit Verpflichtungen von insgesamt 169,5 Mrd. EUR und Zahlungen von insgesamt 170,6 Mrd. EUR erzielt zu haben. Dies entspricht einer Erhöhung von 1,6% bei den Verpflichtungen und 1,5% bei den Zahlungen im Vergleich zum Vorjahr. Gegenüber dem Berichtigungsschreiben der Kommission sieht der Kompromiss des Vermittlungsausschusses vor, dass der kommende EU-Haushalt zusätzliche Verpflichtungen in Höhe von 479,1 Mio. EUR und eine Ausgabensenkung in Höhe von 20,3 Mio. EUR umfassen soll. Der Haushaltsplan für das kommende Jahr spiegelt deutlich die Hauptprioritäten der EU wider: Wirtschaftliche Erholung, Bekämpfung des Klimawandels sowie grüner und digitaler Wandel. Außerdem blieben im Rahmen der Ausgabenobergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 ausreichend Mittel übrig, damit die EU auf unvorhersehbaren Bedarf reagieren könne. Die bei der Einigung erzielte Mittelausstattung sei die Grundlage für den bereits eingeleiteten Aufschwung und sie garantiere die nachdrückliche Unterstützung der Ziele in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung. Der Haushaltsplan für 2022 werde entsprechend durch Mittel aus dem Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ ergänzt.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/11/16/eu-budget-for-2022/>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 4,1% gestiegen

Am 17.11.2021 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Oktober 2021 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 4,1% gegenüber 3,4% im September. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,3% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Oktober bei 4,4% gegenüber 3,6% im September. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,3% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA (1,4%), PTL (1,8%) und GRI (2,8%) gemessen, die höchsten in LIT (8,2%), EST (6,8%), und HUN (6,6%). Im Oktober kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+2,21 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+0,86 Prozentpunkte), Industriegütern ohne Energie (+0,55 Prozentpunkte) sowie Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,43 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Oktober 4,6%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563383/2-17112021-AP-DE.pdf/0d4f9797-9ded-aa2e-ac64-5f8b222bbd10>

Kommission; Vorlage des Herbstpakets im Rahmen des Europäischen Semesters

Am 24.11.2021 hat die Kommission ihr wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket mit Stellungnahmen zu den Übersichten über die Haushaltsplanung der EUR-Länder für 2022, politischen Empfehlungen für das EUR-Währungsgebiet, die Strategie für nachhaltiges Wachstum und den Beschäftigungsbericht vorgelegt. Das veröffentlichte sog. Herbstpaket stützt sich auf die Herbstprognose 2021, die davon ausgeht, dass die wirtschaftliche Erholung zwar allmählich in einen Aufschwung übergeht, aber noch erhebliche Abwärtsrisiken bestehen. Die Mitgliedstaaten sollten im Jahr 2022 im gesamten EUR-Währungsgebiet einen moderat unterstützenden finanzpolitischen Kurs beibehalten und fiskalpolitische Maßnahmen schrittweise auf Investitionen umlenken, die eine robuste und nachhaltige Erholung fördern. Sobald die wirtschaftlichen Bedingungen dies zulassen, sollten die Mitgliedstaaten des Euroraums ihre Finanzpolitik darauf ausrichten, mittelfristig eine dem Grundsatz der Vorsicht entsprechende Haushaltslage zu erreichen, die Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten und dabei gleichzeitig die Investitionen erhöhen. Für DEU konstatiert die Kommission, dass der Bedeutung der Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen und der Qualität der haushaltspolitischen Maßnahmen, auch durch wachstumsfördernde Investitionen, insbesondere zur Unterstützung des grünen und digitalen Übergangs, im Entwurf des deutschen Haushaltsplan Rechnung getragen wurde. In Anbetracht der Stärke des Aufschwungs wird DEU aufgefordert, den Einsatz, die Wirksamkeit und die Angemessenheit der Unterstützungsmaßnahmen regelmäßig zu überprüfen und bereit zu sein, sie erforderlichenfalls an veränderte Umstände anzupassen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6105

S o z i a l e s

Kommission; 138 Mio. EUR für die Freiwilligentätigkeit junger Menschen

Am 17.11.2021 veröffentlichte die europäische Kommission die Zahlen für das Budget des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) im Rahmen des Jahres der Jugend 2022. Mit mehr als 138 Mio. EUR möchte die Kommission die Freiwilligentätigkeit junger Menschen in diesem Rahmen fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6003

Kommission; Tag der Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern

Am 18.11.2021 teilte die Kommission anlässlich des Tages der Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern mit, an einem Legislativvorschlag zu arbeiten, der die Verantwortung der Online-Plattformbetreiberinnen und -betreiber zur Prävention sexueller Gewalt an Kindern klar definieren soll. Die Kommission hob außerdem ihre bereits existierende Strategie zur Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern hervor.

https://ec.europa.eu/home-affairs/news/18-november-2021-end-child-sex-abuse-day-2021-11-18_de

EP; Resolution zu EU-weiter Sozialversicherungsnummer angenommen

Das EP stimmte am 25.11.2021 für eine Resolution zu einer EU-weiten Sozialversicherungsnummer (bei 598 Stimmen dafür, 59 dagegen und 38 Enthaltungen). Mit der Resolution fordert das EP die Kommission auf, vor Ende des Jahres 2022 einen Legislativvorschlag für eine EU-weite Sozialversicherungsnummer als Teil des Aktionsplans der Europäischen Säule Sozialer Rechte vorzulegen. Eine EU-weite Sozialversicherungsnummer sei besonders in Sektoren wie dem Bausektor von Vorteil, wo EU-Bürgerinnen und Bürger vermehrt im europäischen Ausland arbeiten. Eine EU-weite Sozialversicherungsnummer erleichtere zudem eine Kontrolle der Arbeitsverhältnisse und helfe auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dabei, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211118IPR17627/digital-europe-meps-call-for-quick-introduction-of-eu-social-security-pass>

EP; Parlament stimmt für Mindestlohn in allen MS

Am 25.11.2021 stimmte das EP dafür, dass das EP Verhandlungen mit dem Rat zu einem Mindestlohn in allen MS aufnimmt (bei 443 Stimmen dafür, 192 Stimmen dagegen und 58 Enthaltungen). Ziel der Verhandlungen soll es sein, dass alle MS entweder einen Mindestlohn festlegen oder kollektive Lohnverhandlungen stärken.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211119IPR17718/minimum-wage-green-light-to-start-negotiations-with-council>

EuGH; Nationale Regelung zu Parallelimport von Arzneimitteln steht Unionsrecht entgegen

Am 25.11.2021 urteilte der EuGH bezüglich der Rechtssache C-488/20, dass das Unionsrecht einer nationalen Regelung zum Parallelimport von Arzneimitteln entgegenstehe. Wenn ein Parallelimport eines Arzneimittels zugelassen wurde, so fällt die Regelung des Parallelimports nach Unionsrecht nicht mehr unter die Arzneimittel-Richtlinie 2001/831, sondern unter die Bestimmungen des AEU-Vertrags über den freien Warenverkehr, insbesondere die Art. 34 und 36 AEUV, nach denen mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen und alle Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten grundsätzlich verboten sind.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250049&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=920695>

EuGH; Urlaubszeitauszahlung bei Kündigung durch den Arbeitnehmer entspricht Unionsrecht

Am 25.11.2021 urteilte der EuGH zur Rechtssache C-233/20, dass nationale Regelungen, nach welchen einem Arbeitnehmer, der sein Arbeitsverhältnis gekündigt hatte, die ausstehende Urlaubszeit dabei jedoch nicht ausgezahlt wurde, dem Unionsrecht entgegenstehen. Denn Artikel 7 der Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in Verbindung mit Art. 31 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sei dahin auszulegen, dass eine Urlaubersatzleistung für das laufende letzte Arbeitsjahr auch dann gebührt, wenn der

Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin das Arbeitsverhältnis ohne wichtigen Grund vorzeitig einseitig beendet.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250044&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=926490>

Kommission, Kommission veröffentlicht gemeinsamen Beschäftigungsbericht

Am 24.11.2021 veröffentlichte die Kommission als Teil des Europäischen Semesters 2022 den gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2022. Darin weist die Kommission auf die Herausforderungen in den Bereichen der Beschäftigung, Weiterbildung und Armutsbekämpfung für das Jahr 2022 hin.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10104&furtherNews=yes>

Kommission; Erklärung zum Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen

Am 24.11.2021 veröffentlichte der Hohe Vertreter Josep Borrell, zuständiger Kommissar für Äußere Angelegenheiten der EU, anlässlich des Internationalen Tages der Gewalt gegen Frauen eine Erklärung. Darin macht Borrell insbesondere auf geschlechtsspezifische Gewalt im Internet aufmerksam. Dagegen plane die Kommission vorzugehen, indem sie einen Legislativvorschlag vorsieht, durch den das Verzeichnis der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität erweitert wird. Dies werde es der EU ermöglichen, geschlechtsspezifische Hetze und Hasskriminalität unter Strafe zu stellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_6211

Gesundheit und Verbraucherschutz

ECDC: Verringerter Antibiotikakonsum in der EU während der Pandemie

Am 18.11.2021 teilte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) mit, dass die Einnahme von Antibiotika in der EU zwar während der Pandemie gesunken sei, das Risiko der Antibiotikaresistenz aber weiterhin sehr hoch bleibe.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/reported-decrease-antibiotic-consumption-across-eueea-during-covid-19-pandemic>

EuGH; Urteil zur Kennzeichnung von Nährwertangaben bei Portionsangaben

Der EuGH verkündete am 11.11.2021 sein Urteil in der Rechtssache C-388/20 zur Konkretisierung der Kennzeichnung von Nährwertangaben und entschied damit zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Demnach dürfen sich zukünftig wiederholte Nährwertangaben auf der Vorderseite von Lebensmittelverpackungen nicht auf spezielle Zubereitungsarten beziehen, weil eine solche Vorgehensweise das Potenzial hat, Käuferinnen und Käufer in die Irre zu führen. Darüber hinaus könne auch keine Vergleichbarkeit zu entsprechenden Lebensmitteln anderer Hersteller hergestellt werden. Diese fehlende Vergleichbarkeit bestehe laut EuGH auch dann fort, wenn die verpflichtenden Werte für 100g des Erzeugnisses an einer anderen Stelle auf der Verpackung angegeben werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=CE94CE6C0C20C2E12EA12D90F7C6EA27?text=&docid=249071&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=41629631>

EFSA; Konsultation zur Lebensmittelkennzeichnung

Am 15.11.2021 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Konsultation zu ihrer wissenschaftlichen Stellungnahme bezüglich der Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln eröffnet. Ziel ist ein EU-weites System für die Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite von Lebensmitteln zu entwickeln. EFSA war von der Kommission mit der Erarbeitung beauftragt worden. Mit Hilfe der Kennzeichnung möchte die Kommission einer übermäßigen oder unzureichenden Aufnahme bestimmter Nährstoffe mit dem Risiko von Langzeiterkrankungen im Sinne der öffentlichen Gesundheit entgegenwirken. Im Fokus stehen zum einen die Reduzierung der Aufnahme von gesättigten Fettsäuren, salzigen und zuckerhaltigen Lebensmitteln sowie zum anderen die Erhöhung der Aufnahme von Eisen, Kalzium, Vitamin D und Jod. Rückmeldungen können noch bis zum 09.01.2022 gegeben werden.

<https://connect.efsa.europa.eu/RM/s/publicconsultation2/a011v00000E877g/pc0108>

U m w e l t

Kommission; Investitionen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft

Am 15.11.2021 hat die Kommission verkündet, dass die EU Investitionen von mehr als 1,1 Mrd. EUR in innovative Projekte zur Dekarbonisierung der Wirtschaft bewilligt. Das Geld soll in insgesamt sieben großangelegte innovative Projekte fließen, die darauf abzielen, bahnbrechende Technologien in energieintensiven Industrien sowie in den Bereichen Wasserstoff, CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung sowie erneuerbare Energien auf den Markt zu bringen. Die sieben Projekte wurden im Zuge der ersten Aufforderung im Rahmen des Innovationsfonds zur Einreichung von Vorschlägen für Großprojekte, d. h. Projekte mit Gesamtkapitalkosten von mehr als 7,5 Mio. EUR, ausgewählt. Sie decken ein breites Spektrum von Sektoren ab, die für die Dekarbonisierung verschiedener Teile der europäischen Industrie und Energiewirtschaft relevant sind. In einem nächsten Schritt beginnen die erfolgreichen Projekte mit der Vorbereitung der jeweiligen Finanzhilfevereinbarung mit der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA), der Durchführungsstelle des Fonds. Diese Vorbereitungen dürften im ersten Quartal 2022 abgeschlossen sein.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6042

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Liste der „invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung“

Am 16.11.2021 startete die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung bezüglich der Aktualisierung der Liste invasiver gebietsfremder Arten, die die biologische Vielfalt und die Ökosysteme in der EU bedrohen. Invasive gebietsfremde Arten sind Tiere und Pflanzen, die unbeabsichtigt oder vorsätzlich in eine natürliche Umwelt eingebracht werden, in der sie normalerweise nicht vorkommen. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf Ökosysteme. Mit der Initiative sollen neue Arten in die Liste aufgenommen werden. Rückmeldungen können noch bis zum 14.12.2021 gegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12676-Aktualisierung-der-Liste-invasiver-gebietsfremder-Arten-die-die-biologische-Vielfalt-und-die-Okosysteme-in-der-gesamten-EU-bedrohen_de

Kommission; Überarbeitung der Verordnung zur Verbringung von Abfällen

Die Kommission hat am 17.11.2021 im Rahmen des Europäischen Grünen Deals einen Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen vorgelegt. Diese Initiative soll zu einer nachhaltigeren Abfallbewirtschaftung und zur Erreichung der Ziele der Null-Schadstoff-Strategie beitragen. Die Kommission schlägt strengere Regeln für die Ausfuhr von Abfällen sowie deren Überwachung, Durchsetzung und Sanktionierung von Verstößen vor. Des Weiteren soll ein effizienteres System für den Umlauf von Abfällen als Ressource sowie ein entschlosseneres Vorgehen gegen den illegalen Abfallhandel etabliert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_5918

Kommission; neue Verordnung zu „entwaldungsfreien“ Produkten

Am 17.11.2021 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag für eine neue Verordnung über entwaldungsfreie Produkte. Durch die Einführung neuer Maßnahmen bezweckt die Kommission die Reduzierung der von der EU mitverursachten Entwaldung und Waldschädigung sowie die Förderung entwaldungsfreier Produkte. Damit sollen im Rahmen des Grünen Deals auch die Ziele zum Klimaschutz und zum Schutz biologischer Vielfalt verfolgt werden. Die vorgeschlagenen neuen Vorschriften sollen dafür sorgen, dass die auf dem EU-Markt gekauften, genutzten und konsumierten Produkte nicht zur weltweiten Entwaldung und Waldschädigung beitragen. Der Vorschlag bezieht sich auf sechs Erzeugnisse – Soja, Rindfleisch, Palmöl, Holz, Kakao und Kaffee – sowie bestimmte daraus hergestellte Produkte wie Leder, Schokolade und Möbel und enthält verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen, die diese Rohstoffe in der EU in Verkehr bringen wollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_5919

Kommission; Vorschlag für neue EU-Bodenstrategie

Am 17.11.2021 legte die Kommission eine neue EU-Bodenstrategie vor. Mit freiwilligen und rechtsverbindlichen Maßnahmen strebt die Kommission den Schutz, die Wiederherstellung sowie die nachhaltige Nutzung der Böden an. Diese Strategie soll den Gehalt an organischem Kohlenstoff in landwirtschaftlich genutzten Böden erhöhen, die Wüstenbildung bekämpfen, geschädigte Flächen und Böden sanieren und bis 2050 dafür sorgen, dass alle Bodenökosysteme einen gesunden Zustand erreichen. Darüber hinaus wird gefordert, dass die Böden in der EU einen gesetzlichen Schutz erhalten, wie er für Wasser und der Luft bereits besteht. In einem nächsten Schritt soll bis zum Jahr 2023 im Anschluss an eine Folgenabschätzung und eine Konsultation von Interessenträgern und Mitgliedsstaaten ein Vorschlag für ein neues Bodengesundheitsgesetz vorgelegt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5916

Kommission; Sondierung zur Erfassung verkehrsbedingter Emissionen

Die Kommission stellte für die Zeit vom 19.11.-17.12.2021 die Sondierung zu einer Folgenabschätzung zu dem für das vierte Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine Verordnung über die Erfassung verkehrsbedingter Emissionen zur Konsultation. Mit dieser Initiative wird ein gemeinsamer Rahmen für die Berechnung und Meldung verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen festgelegt. Er kann sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr angewendet werden. Transparente Informationen würden es Diensteanbietern ermöglichen, ihre Emissionen zu überwachen und zu verringern und die Effizienz ihrer Verkehrsdienste zu verbessern, und es dem Nutzer ermöglichen, die nachhaltigste Option auszuwählen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13217-Zahlung-der-verkehrsbedingten-Emissionen-CountEmissions-EU_de

Kommission; Konsultation zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnungsvorschriften von Chemikalien

Am 24.11.2021 hat die Kommission eine Konsultation zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnungsvorschriften gestartet. Damit wesentliche Informationen über Chemikalien in der EU besser kommuniziert und dadurch die negativen Wirkungen gefährlicher Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt verringert werden können, sollen im Rahmen dieser Initiative Kennzeichnungsvorschriften für einige Kategorien von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen vereinfacht und gestrafft werden. Ferner soll eine digitale Kennzeichnung zum Einsatz kommen. Die Initiative zielt auch darauf ab, die Kosteneffizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in der EU insgesamt zu steigern. Rückmeldungen können noch bis zum 16.02.2022 abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12992-Chemikalien-Vereinfachung-und-Digitalisierung-der-Kennzeichnungsvorschriften_de

Kommission; LIFE-Programm – EU stellt mehr als 290 Mio. EUR bereit

Die Kommission hat am 25.11.21 ein Finanzpaket in Höhe von mehr als 290 Mio. EUR für 132 neue Projekte im Rahmen des LIFE-Programms für Umwelt- und Klimapolitik genehmigt. Mit den EU-Mitteln werden Investitionen in Höhe von insgesamt 562 Mio. EUR mobilisiert, und in fast allen Mitgliedstaaten werden Projekte durchgeführt. Die neuen LIFE-Projekte sollen zu den Klima- und Biodiversitätszielen des Grünen Deals beitragen und beim grünen Aufbau nach der COVID-19-Pandemie helfen. Unter den geförderten Projekten befindet sich ein grenzüberschreitendes Projekt zum Moorschutz, an dem auch DEU beteiligt ist, Projekte für gesündere und nachhaltigere Ernährung und gegen Lebensmittelverschwendung und für die Nutzung Erneuerbarer Energien im Gebäudebereich.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6178

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Notfallplan für die Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten

Am 12.11.2021 hat die Kommission einen Notfallplan veröffentlicht, in der die allgemeine Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelversorgungskette in der EU anerkannt wird. So wurden Lehren aus der COVID-19-Krise gezogen, während der auch dank außergewöhnlicher europäischer Maßnahmen die Lebensmittelversorgung stets gewährleistet war und auf die veränderte Lage durch Klimawandel und Umweltzerstörung Bezug genommen wurde. Im Rahmen des Notfallplans werden Schwachstellen aufgezeigt und Maßnahmen zur Verbesserung der Vorsorge auf EU-Ebene vorgeschlagen. Außerdem soll ein Europäischer Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit (EFSCM) von der Kommission eingerichtet werden. Der EFSCM soll eine von der Kommission koordinierte Gruppe von Experten zur Lebensmittelversorgungskette sein, um Daten und Verfahren auszutauschen und die Koordinierung zu verstärken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5903

Kommission; Zulassung der Wanderheuschrecke als Lebensmittelzutat

Am 12.11.2021 genehmigte die Kommission das Inverkehrbringen eines zweiten Insekts, der Wanderheuschrecke *Locusta migratoria*, als neuartiges Lebensmittel.

Nach einer strengen wissenschaftlichen Bewertung durch die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wird es in Form von gefrorenem, getrocknetem und pulverförmigen Material erhältlich sein und soll als Snack oder als Lebensmittelzutat in einer Reihe von Lebensmitteln vermarktet werden. Der Zulassung durch die Kommission war im September 2020 ein positives Votum der Mitgliedstaaten vorausgegangen, bei denen der Antrag eingereicht worden war. Die erste Zulassung eines Insekts als neuartiges Lebensmittel (getrocknete gelbe Mehlwürmer) war im Juli 2021 erteilt worden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/wanderheuschrecke-kommission-lasst-zweites-insekt-als-lebensmittelzutat-fur-den-eu-markt-zu-2021-11-12_de

Kommission; Eröffnung des Start-up-Village-Forum

Am 16.11.2021 eröffnete die Kommission das Start-up-Village-Forum, in dem Einblicke in die Herausforderungen gegeben werden, mit denen ländliche Start-up-Unternehmen konfrontiert sind, sowie in ihr Potenzial. Das jährlich stattfindende Start-Up-Village-Forum trägt zur Förderung von Forschung und Innovation in ländlichen Gemeinden und zum Aufbau eines innovativeren Unternehmertums, das mehr junge und talentierte Menschen anzieht, bei. Das Ziel des Forums soll neben der Unterstützung der Weiterentwicklung von Innovationsökosystemen im ländlichen Raum und der Ermittlung und Analyse von Innovationsantreibern in ländlichen Gebieten auch die Vernetzung ländlicher Innovationsakteure in der gesamten EU mit Schwerpunkt auf Start-up-Unternehmen sein. Darüber hinaus soll auch die Vermittlung und Herausstellung des Zusammenhangs mit dem Konzept des intelligenten Dorfes angestrebt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6051

Kommission; EU-Fischereiflotte ertragreich

Am 18.11.2021 hat der veröffentlichte Jahreswirtschaftsbericht 2021 über die EU-Fischereiflotte bestätigt, dass die Flotte im Jahr 2019 ihre Gesamtrentabilität beibehalten hat. Aus dem Bericht geht hervor, dass die EU-Flotten mit einem Anlandewert von 6,3 Mrd. EUR, einem Bruttogewinn von 1,2 Mrd. EUR und einem Nettogewinn von 597 Mio. EUR im Jahr 2019 insgesamt profitabel blieben. Diese gute Entwicklung ließ sich laut Bericht auf hohe durchschnittliche Fischpreise und einen verbesserten Zustand einiger wichtiger Fischbestände zurückführen. Ein ähnliches Rentabilitätsniveau wird laut Prognosen auch für das Jahr 2020 erwartet.

https://ec.europa.eu/oceans-and-fisheries/news/eu-fleet-maintains-good-profits-overall-mainly-thanks-sustainable-fishing-practices-and-management-2021-11-18_en

EP Annahme der GAP-Reform

Am 23.11.2021 hat das Parlament alle drei Verordnungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verabschiedet. Die Verordnung zu den nationalen Strategieplänen (Berichterstatter Peter Jahr, DEU/EVP) wurde mit 452 zu 178 bei 57 Enthaltungen, die horizontale Verordnung (Berichterstatterin Ulrike Müller, DEU/RN) mit 485 zu 142 bei 61 Enthaltungen und die Verordnung zur gemeinsamen Marktorganisation (Berichterstatter Eric Andrieu, FRA/S&D) mit 487 zu 130 bei 71 Enthaltungen angenommen. Die Gegenstimmen kamen vor allem von Abgeordneten der Grünen und der Linken sowie einigen Abgeordneten der S&D-Fraktion. Die Reform legt unter anderem fest, dass die MS in Zukunft mindestens 25% der Direktzahlungen für sogenannte Öko-Regelungen zum Umwelt- und Klimaschutz verwenden müssen. Mindestens 4% der landwirtschaftlichen Fläche jedes Betriebs soll für nicht produktive Zwecke vorgesehen werden und 10% der Zahlungen sollen zugunsten von kleineren Betrieben umverteilt werden. Die nationalen GAP-Strategiepläne der MS zur Umsetzung der Vorgaben sollen der Kommission bis Ende des Jahres vorgelegt

werden. Die neuen GAP-Vorschriften treten ab dem 01.01.2023 in Kraft. Die Zustimmung des Rates steht noch aus.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211118IPR17613/parlament-nimmt-reform-der-gemeinsamen-agrarpolitik-endgultig-an>

Kommission; Konsultation zur Erhebung von Daten über antimikrobielle Arzneimittel

Am 23.11.2021 startete die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Erhebung von Daten über antimikrobielle Arzneimittel (Antibiotika), die Tieren verabreicht werden. Im Rahmen dieser Initiative soll das Format für die Daten festgelegt werden, die die Mitgliedsstaaten beim Verkauf antimikrobieller Arzneimittel und bei Verabreichung dieser Antibiotika an Tiere in der EU erheben. Rückmeldungen können noch bis zum 21.12.2021 gegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11645-Arzneimittelresistenz-Format-zur-Erhebung-von-Daten-uber-antimikrobielle-Arzneimittel-Antibiotika-die-Tieren-verabreicht-werden_de

Justiz

EuGH; Urteil in der Rechtssache T-495/19 – Rumänien / Kommission

Am 10.11.2021 urteilte das Gericht der EU in der Rechtssache T-495/19 (Rumänien vs. Kommission), bei der es um eine geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) aus dem Jahr 2013 geht. Am 18.06.2013 war der Kommission eine geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit dem Namen „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“ vorgestellt worden. Die Kommission wies den Antrag auf Registrierung ab, da diese offenkundig außerhalb der Befugnisse der Kommission liege. Die folgende Nichtigkeitsklage gegen diesen Beschluss wies das Gericht zurück, was der EuGH am 25.07.2013 für nichtig erklärte. Die Kommission registrierte die Bürgerinitiative daraufhin am 30.04.2019, woraufhin Rumänien Klage einreichte. Diese wies der EuGH am 10.11.2021 wiederum ab und begründete dies damit, dass die Kommission eine Europäische Bürgerinitiative nur dann ablehnen dürfe, wenn sie bei der Prüfung der Frage, ob die Initiative im Rahmen ihrer Befugnisse liegt, zu dem Ergebnis käme, dass dies vollkommen ausgeschlossen werden könne. Die Kommission habe zum Zeitpunkt der Registrierung hingegen noch nicht zu prüfen, welchen Standpunkt sie selbst zu diesem Thema einnehmen werde und ob sie schlussendlich einen Unionsrechtsakt unterbreiten werde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249023&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=955782>

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-833/19 P – Hamas / Rat

Am 23.11.2021 hat der EuGH mit seinem Urteil in der Rechtssache C-833/19 P die Rechtsakte bestätigt, nach der die Hamas auf der europäischen Liste terroristischer Organisationen verbleiben wird. Mit dem Urteil vom 04.09.2019 erklärte das Gericht der EU im Rahmen einer Nichtigkeitsklage vier Rechtsakte aus dem Jahr 2018 für nichtig, weil der Rat die Begründungen zu besagten Rechtsakten, die in getrennten Dokumenten vorgelegt wurden, nicht durch seinen Präsidenten habe unterschreiben lassen. Der EuGH hob dieses Urteil aber nun auf und begründete dies damit, dass Rechtsakte, die restriktive Maßnahmen vorsähen, insofern eine besondere Natur aufwiesen, als es sich bei ihnen gleichzeitig um Rechtsakte mit allgemeiner Geltung als auch um eine Bündelung von Einzelentscheidungen gegenüber Einzelpersonen

handle. Daraus ergebe sich, dass jene streitigen Rechtsakte, die einer Bündelung von Einzelentscheidungen gleichkommen, keiner Unterzeichnungspflicht durch den Präsidenten, sondern lediglich einer Bekanntgabepflicht unterlägen. Der EuGH merkt ferner an, dass die separat veröffentlichten Begründungen gleichzeitig mit den eigentlichen Rechtsakten angenommen wurden und damit untrennbar verbunden seien. Dadurch sei eine gesonderte Unterzeichnungspflicht auch aus dieser Perspektive nicht aufzuerlegen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249862&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=958702>

EuGH; Urteil – Gerichtliche Zuständigkeit für Ehescheidung

Am 25.11.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-289/20 (IB (Gewöhnlicher Aufenthalt eines Ehegatten bei Scheidung)) sein Urteil zur gerichtlichen Zuständigkeit für die Entscheidung über einen Scheidungsantrag verkündet. Darin präzisiert er Sinngehalt und Tragweite des Begriffs „gewöhnlicher Aufenthalt“ eines Ehegatten: Dieser Begriff impliziere, dass ein Ehegatte, auch wenn er sein Leben in zwei Mitgliedstaaten verbringt, nur einen gewöhnlichen Aufenthalt haben kann.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-289/20>

EuGH; Urteil – Inbox-Advertising

Am 25.11.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-102/20 (StWL Städtische Werke Lauf a.d Pegnitz) entschieden, dass die Einblendung von Werbenachrichten in der E-Mail-Inbox in einer Form, die der einer tatsächlichen E-Mail ähnlich ist, eine Verwendung elektronischer Post für die Zwecke der Direktwerbung im Sinne der E-Privacy-Richtlinie (2002/58) darstellt. Diese Nachrichten begründen eine Verwechslungsgefahr, die dazu führen kann, dass ein Nutzer, der auf die der Werbenachricht entsprechende Zeile klickt, gegen seinen Willen auf eine die betreffende Werbung enthaltende Internetseite weitergeleitet wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250043&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=924146>

EuGH; Urteil – richterliche Unabhängigkeit in HUN

Am 23.11.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-564/19 (IS (Rechtswidrigkeit des Vorlagebeschlusses)) entschieden, dass es mit dem Unionsrecht unvereinbar ist, dass ein Höchstgericht eines Mitgliedstaats im Anschluss an ein vom Generalstaatsanwalt eingelegtes Rechtsmittel zur Wahrung des Rechts die Rechtswidrigkeit eines von einem untergeordneten Gericht eingeleiteten Vorabentscheidungsersuchens feststellt, weil die vorgelegten Fragen für die Entscheidung des Ausgangsrechtsstreits nicht erheblich und erforderlich seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=B4C227882A5A9DA614F0C87E83D44ECD?text=&docid=249861&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2044391>

EuGH; Urteil – Unabhängigkeit der Justiz in POL

Am 16.11.2021 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-748/19 bis C-754/19 (Strafverfahren gegen WB u. a.) entschieden, dass die in POL geltende Regelung, nach der der Justizminister, der gleichzeitig Generalstaatsanwalt ist, Richter an Strafgerichte höherer Ordnung abordnen und eine solche Abordnung jederzeit beenden kann, unionsrechtswidrig ist. Wegen des Erfordernisses der richterlichen Unabhängigkeit müssen die für die Abordnung von Richtern geltenden Rechtsvorschriften gerade in Strafsachen die erforderlichen Garantien dafür

aufweisen, dass die Abordnung eines Richters in keinem Fall als Instrument zur politischen Kontrolle des Inhalts justizieller Entscheidungen eingesetzt wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249321&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2046135>

EuGH; Urteil – Europäische Haftbefehle aus GBR

Am 17.11.2021 hat der EuGH in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-479/21 PPU (Governor of Cloverhill Prison) entschieden, dass die Bestimmungen im Austrittsabkommen betreffend die Regelung des Europäischen Haftbefehls in Bezug auf GBR und in dem Abkommen über Handel und Zusammenarbeit mit der Europäischen Union für IRL bindend sind.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-479/21>

I n n e r e s

Kommission; Klage gegen HUN wegen Nichtbefolgung eines EuGH-Urteils

Die Kommission hat am 12.11.2021 beschlossen, HUN erneut vor dem EuGH zu verklagen, und gleichzeitig den EuGH zu ersuchen, für die Nichtbefolgung eines EuGH-Urteils durch HUN die Zahlung eines täglichen Zwangsgeldes anzuordnen. In seinem Urteil vom 17.12.2020 in der Rechtssache C-808/18 (vgl. BaB 23/20) hatte der EuGH festgestellt, dass die ungarischen Rechtsvorschriften über die Regeln und Verfahren in den Transitzonen an der serbisch-ungarischen Grenze gegen EU-Recht verstoßen. Da HUN dem Urteil in mehreren Aspekten bislang noch nicht nachgekommen sei – insbesondere habe HUN nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um einen effektiven Zugang zum Asylverfahren zu gewährleisten – hat sich die Kommission zu einer neuerlichen Klage vor dem EuGH entschieden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5801

Frontex; Treffen mit Leitern der Grenzpolizeien aus den Westbalkanstaaten

Am 16.11.2021 veranstaltete die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gemeinsam mit dem SLO-Ratsvorsitz ein Treffen zwischen dem Frontex-Verwaltungsrat und den Leitern der Grenzpolizeien aus den Westbalkanstaaten. Als Ergebnis des Treffens wurden gemeinsame Schlussfolgerungen verabschiedet, die u.a. künftige gemeinsame Operationen, die Verstärkung des Informationsaustauschs sowie den Aufbau von Kapazitäten in der Region vorsehen.

https://frontex.europa.eu/assets/Images_News/2021/Joint_Conclusions.pdf

Frontex; eu-LISA; Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarung

Am 22.11.2021 haben die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) eine Kooperationsvereinbarung zur Stärkung ihrer Zusammenarbeit geschlossen. Die Kooperationsvereinbarung, die von 2021 bis 2023 läuft, umfasst zehn Themenbereiche, darunter Grenz- und Migrationsmanagement, IT-Sicherheit, Forschung und Innovation sowie den Schutz personenbezogener Daten.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-and-eu-lisa-sign-cooperation-plan-2AkVQA>

Frontex; EU-Agenturen für Justiz und Inneres präsentieren wichtigste Erfolge aus 2021

Am 22.11.2021 haben die neun Europäischen Agenturen in den Bereichen für Justiz und Inneres ihre wichtigsten Erfolge aus dem Jahr 2021 präsentiert. In diesem Jahr hätten die Agenturen unter dem Vorsitz der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) den Fokus v.a. auf zwei strategische Prioritäten der EU – namentlich die Beiträge zum Europäischen Green Deal und zur Digitalisierung – gelegt. Insbesondere seien die Auswirkungen des Klimawandels auf die Migration und die organisierte Kriminalität beleuchtet und untersucht worden. Auch sei ein gemeinsames Papier zur Bekämpfung der Umweltkriminalität erarbeitet worden, in dem die ernste, multidimensionale Herausforderung für die EU und ihre Bürger anerkannt werde.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-justice-and-home-affairs-agencies-present-key-achievements-in-2021-bnNNOI>

Frontex; Aktuelle Zahlen zur Migrationslage

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 22.11.2021 Zahlen zur Migrationslage (Stand: Oktober 2021) veröffentlicht. So habe es im Oktober fast 22.800 illegale Grenzübertritte auf Europas Hauptmigrationsrouten gegeben. Dies seien 30% mehr als 2020, als pandemiebedingte Grenz- und Einreisebeschränkungen galten. Auch im Vergleich zur Migrationslage vor Pandemiebeginn verzeichnet Frontex einen Anstieg bei der Zahl irregulärer Migration. So sei gegenüber dem Oktober 2019 ein Zuwachs von 18% zu konstatieren. Die im Jahr 2021 bis dato am stärksten betroffenen Migrationsrouten seien die Westbalkanroute (48.500 illegale Grenzübertritte) und die zentrale Mittelmeerroute (55.000 illegale Grenzübertritte) gewesen. An den östlichen EU-Außengrenzen seien für dieses Jahr bisher fast 8.000 illegale Grenzübertritte festgestellt worden. Der stärkste Anstieg an irregulärer Migration wurde laut Frontex, neben den östlichen Routen – hier besonders stark betroffen die EU-Außengrenze zu Belarus – auf der Westbalkanroute, der zentralen Mittelmeerroute sowie auf CYP gemeldet. Insgesamt seien allein 40% der irregulären Grenzübertritte im Oktober 2021 über die Westbalkanstaaten erfolgt. Ein Großteil der Migranten, die über diese Route illegal in die EU gelangt seien, würde aus Syrien, Afghanistan und Marokko stammen, so Frontex.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/migratory-situation-in-october-persisting-pressure-on-eastern-border-fflAwy>

Kommission; Schwarze Liste im Kampf gegen Menschenhandel

Die Kommission hat am 23.11.2021 als Teil der gemeinsamen Reaktion der EU auf die staatlich unterstützte Instrumentalisierung von Menschen an der EU-Außengrenze zu Belarus Maßnahmen vorgeschlagen, um Aktivitäten von Verkehrsunternehmen zu verhindern, die am Menschenhandel oder dem Einschleusen von Menschen in die EU beteiligt sind oder dieses begünstigen. Damit werde das Instrumentarium der EU um ein neues Instrument erweitert, mit dem Mitgliedstaaten, die von derartigen hybriden Angriffen betroffen sind, unterstützt werden könnten. Verkehrsunternehmen, die am Menschenhandel und Menschenhandel in die EU beteiligt sind, sollen demnach auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Flankiert werden soll die schwarze Liste nach dem Willen der Kommission durch einen neuen Rechtsrahmen, damit die EU unabhängig von der Beförderungsart (Straßen-, Luft-, Binnenschiffs- und Seeverkehr) gezielte Maßnahmen gegen solche Verkehrsunternehmen ergreifen könne. Konkret könnte ein solcher Sanktions- bzw. Rechtsrahmen die Einschränkung des Betriebs auf dem EU-Binnenmarkt, die Aussetzung von Betriebsgenehmigungen oder Lizenzen, die Aussetzung des Rechts auf Betankung oder Wartungsarbeiten und ein Flugverbot

im EU-Luftraum sowie ein Verbot technisch bedingter Stopps in den Häfen bzw. das Anlaufen von Häfen der EU umfassen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6187

EP; Wertebasiertes EU-Sportmodell gefordert

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 23.11.2021 eine Entschließung angenommen, in der es ein europäisches Sportmodell fordert, das auf Solidarität, Inklusion, offenem Wettstreit und Fairness beruhen soll. In der Entschließung sprechen sich die MdEP auch entschieden gegen sog. „abtrünnige Wettbewerbe“ („breakaway competitions“), aus, da diese die geforderten Grundsätze untergraben und die Stabilität des gesamten Sportökosystems gefährden würden. Weitere Forderungen der Entschließung sind u.a. eine stärkere Umverteilung der Finanzmittel zwischen Profi- und Breitensport, die Förderung der Geschlechtergleichstellung im Sport sowie der Schutz von Kindern vor jeglicher Form von Gewalt und Belästigung.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211118IPR17621/eu-sportmodell-soll-auf-werten-beruhen-parlament-gegen-abtrunnige-wettbewerbe>

EuGH; Pönalisierung der Unterstützung von Asylbewerbern in HUN unionsrechtswidrig

Der EuGH hat am 16.11.2021 in seinem Urteil in der Rechtssache C-821/19 entschieden, dass HUN dadurch, dass es Organisationstätigkeit, die darauf abzielt, Personen die Einleitung eines Verfahrens auf internationalen Schutz zu ermöglichen, obwohl dieser ersichtlich nicht erfolgreich sein kann, mit Strafe bedroht hat, gegen EU-Recht verstoßen habe. Durch diese Pönalisierung werde die Ausübung der vom EU-Gesetzgeber garantierten Rechte beschränkt, die im Bereich der Unterstützung von Personen, die um internationalen Schutz nachsuchen, Geltung beanspruchen, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=04904EC271039273B38FBFA367EF946E?text=&docid=249322&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1731872>

EuGH; Generalanwalt hält Vorratsdatenspeicherung für unionsrechtswidrig

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat in seinen Schlussanträgen vom 18.11.2021 in den verbundenen Rechtssachen C-793/19 und C-794/19, in der Rechtssache C-140/20 sowie in den verbundenen Rechtssachen C-339/20 und C-397/20 die bisherige Rechtsprechung des EuGH, nach der eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung nur bei einer ernststen Bedrohung für die nationale Sicherheit erlaubt ist, bekräftigt. Den Verfahren liegen drei Vorabentscheidungsersuchen aus DEU, IRL und FRA zugrunde. Mit Blick auf die deutsche Regelung betonte der Generalanwalt, dass die Pflicht zur allgemeinen und unterschiedslosen Vorratsspeicherung eine große Vielzahl von Verkehrs- und Standortdaten betreffe. Auch die zeitliche Begrenzung der Vorratsdatenspeicherung ändere dies nicht, da die Speicherung der Daten grundsätzlich selektiv erfolgen müsse. Mit der allgemeinen Speicherung der Daten sei eine schwere Gefahr verbunden. Der Generalanwalt erinnerte außerdem daran, dass der Zugang zu den Daten in jedem Fall einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte auf Familien- und Privatleben sowie in den Schutz personenbezogener Daten darstelle.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-11/cp210206de.pdf>

EP; Abgeordnete verlangen konkrete Schritte zum Europäischen Bildungsraum

Am 11.11.2021 stimmte das EP für konkrete Schritte zur Umsetzung des Europäischen Bildungsraumes bis 2025. Die MdEP forderten hierbei in einem Entschließungsantrag ambitioniertere Zielsetzungen zur Senkung von Schulabbrüchen, die gegenseitige Anerkennung von Bildungsnachweisen und die Benennung der von der Kommission ins Leben gerufenen Akademie für Lehrerinnen und Lehrer in „Comenius Akademie“ nach dem Pädagogen und Philosophen John Amos Comenius. Die Entschließung würdigt insgesamt die Bemühungen der Kommission um die Förderung eines europäischen Bildungsraums und weist zugleich darauf hin, dass es eines stärker ganzheitlich ausgerichteten Ansatzes bedarf, der die sinnvolle Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen allen Akteuren und Interessengruppen einschließlich der Gemeinschaft der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Elternvereine, Sozialpartner, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Jugendarbeiter und der Zivilgesellschaft erfordert.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0452_DE.html

Kommission; Kultur; Gemeinsamer Kulturerbe-Datenraum

Alle Denkmäler und Stätten, Objekte und Artefakte des kulturellen Erbes sollen nach einer Empfehlung der Kommission für die künftigen Generationen digital erhalten werden, wie die Generaldirektion Bildung und Kultur am 15.11.2021 mitgeteilt hat. Diesbezüglich hat die EU-Kommission ein Dokument in Form einer Kommissionsempfehlung verabschiedet. Ziel ist ein gemeinsamer europäischer Datenraum für das kulturelle Erbe. „Der tragische Brand der Kathedrale Notre Dame in Paris hat gezeigt, wie wichtig es ist, Kultur digital zu bewahren, und die Lockdowns haben die Notwendigkeit eines virtuell zugänglichen Kulturerbes deutlich gemacht“, erklärte Margrethe Vestager, Vizepräsidentin der EU-Kommission. Es sei wichtig, dass die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen zur Digitalisierung und digitaler Bewahrung von Gütern des Kulturerbes fortsetzen. Gerade für gefährdetes Kulturerbe wäre dies besonders wichtig. Grundlage soll die digitale Kulturplattform Europeana sein. Europeana ermöglicht derzeit den Zugang zu 52 Mio. Gütern des Kulturerbes, von denen 45 % in verschiedenen Bereichen weiterverwendet werden können. Die Mitgliedstaaten sollten daher eine umfassende Digitalstrategie für das Kulturerbe auf nationaler oder regionaler Ebene aufstellen und regelmäßig aktualisieren. Diese nationale Strategie sollte Maßnahmen enthalten, mit denen die Einrichtungen des Kulturerbes bei der Einführung fortgeschrittener Technik wie 3D unterstützt werden. Bis zum Jahr 2030 sollten die Mitgliedstaaten laut Kommission alle als gefährdet geltenden Denkmäler und Stätten und 50 % der physisch meistbesuchten Denkmäler, Gebäude und Stätten des Kulturerbes in 3D digitalisieren.

<https://ec.europa.eu/newsroom/dae/redirection/document/80910>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; neue Unterstützer für Verhaltenskodex gegen Desinformation

Am 16.11.2021 gab die Kommission bekannt, dass sich 16 weitere Unterstützer dem Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation angeschlossen haben (u.a. Twitch, Adobe und Reporter ohne Grenzen). Der Verhaltenskodex ist eine Selbstverpflichtung der Industrie auf Standards zur Bekämpfung von Desinformation, basierend auf Zielen, die von der Kommission im April 2018 vorgelegt wurden. Im Mai 2021 hatte die Kommission einen Leitfaden zur Stärkung des Verhaltenskodexes

vorgelegt. Die Unterzeichner überarbeiten seit Juli 2021 den Kodex und werden der Kommission eine gestärkte Fassung vorlegen. Am 15.11.2021 hatte die Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) ihre zehn Empfehlungen für die Überarbeitung des Kodex in einem Bericht vorgelegt. ERGA erkennt die Bedeutung und Wirkung des Kodex an, weist aber, ähnlich wie die Kommission, auf noch bestehende signifikante Schwächen hin und fordert eine Stärkung der Selbstverpflichtung.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation>

EU – Förderprogramme

Kommission; Leitfaden im Programm Erasmus+ für 2022 veröffentlicht

Am 24.11.2021 hat die Kommission den künftigen Leitfaden für 2022 für das Programm Erasmus+ veröffentlicht. Mit dem Programm sollen die folgenden spezifischen Ziele verfolgt werden: Förderung der Lernmobilität von Einzelpersonen und Gruppen sowie der Zusammenarbeit, Qualität, Inklusion und Chancengerechtigkeit, Exzellenz, Kreativität und Innovation auf der Ebene von Organisationen und politischen Strategien im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung; Förderung der nichtformalen und informellen Lernmobilität und der aktiven Teilhabe bei jungen Menschen sowie der Zusammenarbeit, Qualität, Inklusion, Kreativität und Innovation auf der Ebene von Organisationen und politischen Strategien im Jugendbereich und die Förderung der Lernmobilität von Sportpersonal sowie der Zusammenarbeit, Qualität, Inklusion, Kreativität und Innovation auf der Ebene von Sportorganisationen und sportpolitischen Strategien. Im nächsten Jahr will die Kommission knapp 3,9 Mrd. EUR zur Finanzierung von Studienaufenthalten im Ausland, Praktika, Lehrstellen, Personalaustausch sowie grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten in verschiedenen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung stellen.

https://erasmus-plus.ec.europa.eu/sites/default/files/2021-11/2022-erasmusplus-programme-guide_de.pdf

Kommission; Erasmus+; Ausschreibungen 2022; Start neue Förderperiode

Am 25.11.2021 hat die Kommission auf Grundlage eines neuen Arbeitsprogramms die neuen Förderausschreibungen im Rahmen von Erasmus+ veröffentlicht. Mit einer erfolgten Aufstockung der Mittel um fast 3,9 Mrd. EUR für 2022 wird Erasmus+ weiter Möglichkeiten für Studienaufenthalte im Ausland, Praktika, Lehrstellen, Personalaustausch und internationale Kooperationsprojekte in verschiedenen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport bieten. Auf Basis der neuen Erasmus+-Verordnung wurden einige Neuerungen im Programm eingeführt. Neue Großprojekte sollen hochwertige und inklusive digitale Bildung und die Anpassung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung an den Green Deal unterstützen. Künftig sind auch mehr Austauschaktivitäten mit Drittländern vorgesehen. Erasmus+ sieht nun auch vor, dass Projektbegünstigte in Kooperationspartnerschaften einen Pauschalbetrag beantragen können. Dadurch soll sich der Verwaltungsaufwand bei der Antragstellung verringern. Ferner sollen Jean-Monnet-Maßnahmen zur Förderung der Bildung über die EU sowohl in der allgemeinen als auch in der beruflichen Bildung durchgeführt werden. Die nächste Antragsfrist für Mobilitätsprojekte in allen Bildungsbereichen ist der 23.02.2022. Im Jugendbereich gibt es eine zweite Antragsfrist bis zum 04.10.2022. Anträge für Akkreditierungen in allen Bildungsbereichen in Leitaktion 1 können bis zum 19.10.2022 eingereicht werden. Anträge für Kooperationspartnerschaften und kleinere

Partnerschaftsprojekte in Leitaktion 2 in allen Bildungsbereichen können bis zum 23.03.2022 eingereicht werden. Für kleinere Partnerschaftsprojekte in allen Bildungsbereichen gibt es eine zweite Antragsfrist ebenfalls bis zum 04.10.2022. Für Kooperationspartnerschaften und kleinere Partnerschaftsprojekte im Sport endet die Antragsfrist am 23.03.2022.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6180

Kommission; Programm Digitales Europa – erste Ausschreibungen

Die Kommission hat am 17.11.2021 die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Digitales Europa (DEP) veröffentlicht. Grundlage der Ausschreibungen sind die drei am 10.11.2021 veröffentlichten DEP-Arbeitsprogramme (vgl. BaB 21/2021). Die Ausschreibungen richten sich an Unternehmen, Organisationen und öffentliche Verwaltungen. Eingereicht werden können Vorschläge im Bereich digitale Technologie, Cybersicherheit und zum Aufbau des Netzes europäischer Zentren für digitale Innovation (sog. Digital Innovation Hubs). Informationen zur Beantragung von Zuschüssen im Rahmen dieser Ausschreibungen sind online verfügbar. Weitere Aufforderungen werden Anfang 2022 veröffentlicht. Bis Ende 2022 sollen im Rahmen dieser ersten Ausschreibungen über 415 Mio. EUR in Cloud-to-Edge-Infrastrukturen, Datenräume, Künstliche Intelligenz, Quantenkommunikationsinfrastrukturen, die Förderung digitaler Kompetenzen, sowie in Projekte zur Förderung eines sichereren Internets und zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern und Desinformation investiert werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/digital>

Kommission; Neue Aufforderung im Bereich Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen veröffentlicht

Am 18.11.2021 hat die Kommission eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) für Personalaustausch und Kofinanzierung regionaler, nationaler und internationaler Programme (COFUND) veröffentlicht. 161,5 Mio. EUR sollen dafür zur Verfügung gestellt werden. Mit den MSCA-Maßnahmen will die EU Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördern und diese ermutigen, dass diese länder- und sektorübergreifend arbeiten, um eine internationale Karriere anzustreben. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für COFUND 2021 mit einem Gesamtbudget von 89 Mio. EUR endet am 10.02.2022, während die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für den Personalaustausch 2021 mit einem Budget von 72,5 Mio. EUR am 09.03.2022 endet. MSCA COFUND stelle Einrichtungen in EU-Mitgliedstaaten oder mit dem EU-Forschungsprogramm Horizont Europa assoziierten Ländern Finanzmittel für neue oder bestehende Doktoranden- und Postdoktorandenprogramme zur Verfügung. Die Maßnahme unterstütze die Ausbildung und Laufbahnentwicklung durch Kofinanzierungsmechanismen und fördere exzellente Arbeitsbedingungen für Forscherinnen und Forscher sowie eine nachhaltige Ausbildung und internationale, interdisziplinäre und sektorübergreifende Mobilität. MSCA Staff Exchanges unterstütze den kurzfristigen internationalen und sektorübergreifenden Austausch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an Forschungs- und Innovationsaktivitäten beteiligt sind. Ziel sei es, nachhaltige Kooperationsprojekte zwischen verschiedenen Organisationen aus dem akademischen und nichtakademischen Bereich (insbesondere KMU) in Europa und darüber hinaus zu entwickeln.

<https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/actions/staff-exchanges>

Europäische Innovations- und Technologieinstitut; Zweite Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen seiner EIT-Pilotinitiative für Hochschulen veröffentlicht

Am 18.11.2021 hat das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) eine neue Aufforderung, mit der bis zu 40 Konsortien von Hochschuleinrichtungen und nichtakademischen Organisationen (Unternehmen, Forschungszentren, Behörden und Verbände) mit jeweils maximal 1,2 Mio. EUR unterstützt werden sollen, veröffentlicht. Mit dieser Aufforderung sollen Hochschuleinrichtungen dazu eingeladen werden, Aktivitäten zu entwickeln, die ihre unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten verbessern. Diese zweite Aufforderung des EIT baue auf der erfolgreichen ersten Aufforderung von Anfang des Jahres auf, bei der 24 Projekte unter Beteiligung von 142 Hochschuleinrichtungen und 155 nichtakademischen Organisationen mit insgesamt 28,8 Mio. EUR gefördert werden. Bis 2027 sollen 550 Hochschuleinrichtungen erreicht werden, um die europäische Innovation in der Hochschulbildung zu fördern. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen im Rahmen dieser zweiten Aufforderung endet am 28.02.2022.

<https://eit-hei.eu/calls/call-for-proposals-november-2021/>

Kommission; Start des neuen Finanzierungsinstruments für interregionale Innovationsinvestitionen

Die Kommission hat am 24.11.2021 eine erste Aufforderung zur Einreichung von Projekten für das Instrument für Interregionale Innovationsinvestitionen (I3) veröffentlicht. Dieses neue Finanzierungsinstrument für den Zeitraum 2021–2027 soll mit einer Mittelausstattung in Höhe von 570 Mio. EUR die Kommerzialisierung und Ausweitung interregionaler Innovationsprojekte in gemeinsamen prioritären Bereichen der intelligenten Spezialisierung unterstützen. Dabei unterscheidet die Kommission zwei Aktionsbereiche. Der erste Aktionsbereich "Finanzielle Unterstützung und Beratung bei Investitionen in interregionale Innovationsprojekte", soll bereits bestehende Partnerschaften dabei unterstützen, die Markteinführung und Ausweitung innovativer Lösungen in gemeinsamen Bereichen der intelligenten Spezialisierung zu beschleunigen und ein Portfolio an Investitionsprojekten zu entwickeln. Der zweite Aktionsbereich "Finanzielle Unterstützung und Beratung bei der Entwicklung von Wertschöpfungsketten in weniger entwickelten Regionen" soll neue Partnerschaften begünstigen und dabei insbesondere Innovationsökosysteme in weniger entwickelten Regionen beim Aufbau von Kapazitäten unterstützen, damit sie sich an globalen Wertschöpfungsketten beteiligen können. Einsendeschluss für Projektanträge ist der 01.02.2022.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/interregionale-innovationsinvestitionen-kommission-veroeffentlicht-aufforderung-zur-einreichung-von-2021-11-24_de

Kommission; Programmleitfaden 2022 für das Europäische Solidaritätskorps veröffentlicht

Die Kommission hat am 17.11.2021 die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) gleichzeitig mit dem Programmleitfaden veröffentlicht. Im Jahr der Jugend 2022 sollen europaweit 139 Mio. EUR zur Schaffung von mehr solidarischen Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen bereitgestellt werden. Das Gesamtbudget des Programms beläuft sich auf 1 Mrd. EUR für die Jahre 2021 bis 2027. Mindestens 270.000 jungen Menschen soll in diesem Zeitraum die Teilnahme an Solidaritätsmaßnahmen ermöglicht werden. Das Europäische Solidaritätskorps steht jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren (für solidarische Tätigkeiten zur Bewältigung gesellschaftlicher

Herausforderungen) und Personen zwischen 18 und 35 Jahren (für internationale humanitäre Hilfsmaßnahmen) offen. Junge Menschen, die sich an Aktivitäten des Europäischen Solidaritätskorps beteiligen möchten, müssen sich auf dem Portal des Europäischen Solidaritätskorps registrieren, wo sie nach Organisationen suchen können, die entsprechende Projekte durchführen. Gruppen junger Menschen, die sich beim Portal des ESK registriert haben, können außerdem Finanzmittel für Solidaritätsprojekte beantragen, die sie selbst leiten. Jede öffentliche oder private Einrichtung kann Finanzmittel für Tätigkeiten im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps beantragen. Die Organisationen benötigen ein Qualitätssiegel, mit dem bescheinigt wird, dass sie in der Lage sind, solidarische Tätigkeiten von hoher Qualität im Einklang mit den Grundsätzen, Zielen und Anforderungen des Programms durchzuführen. Die erste Antragsfrist für Freiwilligen- und Solidaritätsprojekte im Europäischen Solidaritätskorps endet am 23.02.2022.

https://europa.eu/youth/sites/default/files/european_solidarity_corps_guide_2022_de.pdf

V e r a n s t a l t u n g e n

„Europa nach den Wahlen“: Neuwahlen in BUL

„Das Ergebnis der Parlamentswahl war eine Überraschung. Mit fast 26% der Stimmen hat die neue Partei „Wir setzen den Wandel fort (PP)“ die Wahl gewonnen“, sagte die EU-Korrespondentin vom Bulgarischen Nationalen Fernsehen (BNT), Desislava Apostolova, die die Wahlergebnisse in der Hessischen Landesvertretung am 16.11.2021 in Brüssel analysierte. Drei bulgarische Parlamentswahlen in einem Jahr, sagte Europastaatssekretär Mark Weinmeister, dies sei eine schwierige Situation für eine Demokratie, in der Wahlen die Grundlage für stabile Regierungsbildungen sein sollen. Es sei erneut eine schwierige Wahl unter Corona-Bedingungen gewesen, wie die niedrige Wahlbeteiligung von rd. 40% zeige, unterstrich der Staatssekretär. Desislava Apostolova ging zunächst auf die parallel am 14.11.2021 durchgeführte Präsidentschaftswahl ein. Präsident Rumen Radew, der für eine zweite Amtszeit kandidiert hatte, habe sich - wie erwartet - gegen die übrigen Kandidaten durchgesetzt, aber keine absolute Mehrheit erreicht. Die Stichwahl gegen den Kandidaten der „GERB“-Partei, Universitätsrektor Anastas Gerdshikow, werde am 21.11.2021 die Wahl entschieden. Apostolova ging zum Zeitpunkt der Veranstaltung davon aus, dass Radew mit einer klaren Mehrheit im Amt bestätigt wird. Er sei in diesem turbulenten Wahljahr von vielen Bulgaren als stabilisierender Faktor wahrgenommen worden. Dagegen sei das Ergebnis der Parlamentswahl eine Überraschung. Die Prognosen hatten die neue „PP“ nicht so weit vorne gesehen. Die Partei sei weder dem linken noch dem rechten politischen Lager zuzuordnen. Die Partei wolle die Korruption bekämpfen und sei offen für Koalitionsbildungen. Sie schließe allerdings eine Koalition mit der „GERB“-Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Borissow ebenso aus wie eine Koalition mit der „Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS)“. Mit rund 23% auf dem zweiten Platz erzielte die konservative Partei „GERB“ - wie in den Juliwahlen - ein gemessen an den Erwartungen schlechtes Ergebnis. Überraschend gut mit knapp 13% und dem dritten Platz schnitt die Partei „DPS“ ab. Die Sozialisten mit ihrer BSP verloren massiv und fielen mit 10,2% auf den vierten Platz zurück. Größter Verlierer dieser Wahl war die noch im Juli so erfolgreiche Partei „Es gibt ein solches Volk (ITN)“ des Entertainers Trifanow mit 9,5%. Das Bündnis „Demokratisches Bulgarien (DB)“ auf dem sechsten Platz mit 6,4% käme als Koalitionspartner für den Wahlsieger „PP“ in Frage. Neu ins Parlament geschafft hat es die nationalistische und russlandfreundliche Partei

„Wiedergeburt (WG)“, die sich als Partei gegen Corona-Maßnahmen profiliert hat. In dem darauffolgenden Gespräch mit der ORF- Auslandsreporterin Veronika Fillitz zeigte sich Desislava Apostolova optimistisch, dass es eine schnelle Regierungsbildung geben wird. Der Erwartungsdruck auf die Parteien sei hoch, ebenso die parteiübergreifende Einigkeit, das Borissow-Erbe so zu managen, dass Reformen möglich werden.

Online-Veranstaltung zu hessischer Perspektive auf die EU-Waldstrategie

Am 18.11.2021 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel eine Veranstaltung zur EU-Waldstrategie statt. In seinem Grußwort betonte Europastaatssekretär Mark Weinmeister die besondere Bedeutung des Waldes für Hessen als waldreichstes Bundesland und wies auf den bedeutenden Wert des Waldes für Biodiversität, Klimaschutz und Naherholung und auf die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes hin. Auf die Tragweite der Waldstrategie für Hessen ging Umweltstaatssekretär Oliver Conz ein. Dass über 70.000 Hektar Wald als Folge des Klimawandels zerstört wurden, mache eine Debatte um die zukünftigen Wälder unerlässlich. In Hessen selbst stehe diese Debatte in der breiten Öffentlichkeit und mache den Wald zur Schicksalsfrage der Menschheit, so Conz. Die persönliche Verantwortung eines jeden erwachse vor allem aus der Tatsache, dass der eigene Wohlstand in Teilen aus der vorherigen Zerstörung des Waldes beruhe. Die EU könne nicht von anderen Erdteilen den Schutz ihrer Urwälder verlangen, wenn sie nicht selber ambitionierte Vorgaben zum Schutz und zur Entwicklung des Waldes mache. Hessen ergreife daher bereits Maßnahmen, um die Wälder zu schützen und diese auch an den Klimawandel anzupassen und verbinde deshalb auch Hoffnungen mit der neuen EU-Waldstrategie. Auch für Frau Carmen Preising, stellv. Kabinettschefin von Umweltkommissar Sinkevičius, ist der Wald eine Schicksalsfrage, allerdings für ganz Europa. Die massiven Schäden des Klimawandels machten die acht Jahre zurückliegende Waldstrategie hinfällig. Deshalb sei eine neue Waldstrategie notwendig geworden. Die neue Strategie stelle erstmals auch Biodiversität und Klimanutzen in den Fokus, was zuvor vernachlässigt worden sei. Gleichzeitig berücksichtige sie aber weiterhin die sozioökonomische Nutzung des Waldes. Preising betonte, dass sich die neue Strategie auch für diejenigen lohnen müsse, die ihren Lebensunterhalt mit der Waldnutzung bestritten. Es könne nicht erwartet werden, dass die Umsetzung „ein selbstloser Akt der Nächstenliebe“ sei. Die Strategie enthalte unterschiedliche Maßnahmen in unverbindlicher und verbindlicher Form, die auf verschiedenen Ebenen gemäß dem Subsidiaritätsgrundsatz umgesetzt werden könnten. Eine gute Zusammenarbeit mit den politischen Ebenen unter Beteiligung von Expertinnen und Experten und Betroffenen sei unerlässlich, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Wichtig zur Weiterentwicklung von Zielen und Instrumenten sei eine harmonisierte Datenerfassung. Diese sei bislang lückenhaft. Durch Satellitenüberwachungssysteme von Wäldern könne dieser Zustand verbessert werden. Am Ende der Diskussion sind sich beide einig, dass die Waldstrategie wichtig zur Erreichung der Klimaziele sei. Auch hofften beide, dass die Waldstrategie in 20 bis 30 Jahren durch einen gesunden und diversen Wald sichtbar wird. So könnten Orte entstehen, in denen Europa für die Menschen erlebbar wird, hoffte Staatssekretär Conz. Die EU könne sich dabei ein Beispiel an Hessen nehmen, so Preising.

Gespräche Staatssekretär Weinmeister mit MdEP

Am 24.11.2021 führte Europastaatssekretär Mark Weinmeister eine Reihe von – virtuellen – Gesprächen mit Europaabgeordneten. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU), Vorsitzender CDU/CSU-Gruppe im EP standen Fragen zur EU-Handelspolitik, zum EU-Gesetzgebungspaket „fit for 55“, sowie zum erwarteten Kommissionsvorschlag eines delegierten Rechtsaktes im Rahmen der

Taxonomie-Verordnung. Gegenüber dem Koordinator der EVP-Fraktion im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) warb Staatssekretär Weinmeister für Frankfurt als Standort der neuen Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche. Weitere Themen waren allgemeine Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik sowie die Debatte zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Auch gegenüber MdEP Angelika Winzig (EVP/AUT), Vorsitzende der ÖVP-Gruppe in der EVP-Fraktion setzte er sich für Frankfurt als Standort der Anti-Geldwäsche-Agentur ein. Im Rahmen des Gesprächs wurde die politische Situation in Österreich sowie das EU-Gesetzgebungspaket „fit for 55“ erörtert. Zentrales Thema des Gesprächs mit MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU), Mitglied im Verkehrsausschuss des EP waren die Vorschläge zu „fit for 55“ waren die Auswirkungen auf die Luftfahrtindustrie.

Gemeinsame Perspektiven für die Zukunft der Cybersicherheit in Europa

Am 18.11.2021 fand mit Unterstützung der Hessischen Landesvertretung die virtuelle Abendveranstaltung „Community Perspectives On The Future of Cybersecurity in Europe“ des, von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt koordinierten, Forschungsprogramms CyberSec4Europe und der Vereinigung Trust in Digital Life statt. In seinem Grußwort betonte Europastaatssekretär Mark Weinmeister in Anlehnung an das Motto der EU „United in Diversity“ die Wichtigkeit des Zusammenführens unterschiedlicher Perspektiven angesichts der vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit. Hierfür müssten die Arbeiten an einem gemeinsamen Rahmen für Cybersicherheit von allen Akteuren weiterhin vorangetrieben werden. In seiner anschließenden Keynote griff Miguel Gonzalez-Sancho von der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (GD Connect) die von Weinmeister verwendeten Schlagworte der Vielfalt und des gemeinsamen Rahmens auf und betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit des neuen Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit (ECCC) sowie der in den Mitgliedstaaten geplanten nationalen Koordinierungszentren. Ergänzend fügte er hinzu, dass der Aspekt der Priorisierung für das Entwickeln einer gemeinsamen Perspektive im Bereich Cybersicherheit gleichermaßen wichtig sei. Des weiteren rekurrierte Gonzalez-Sancho in seinen Ausführungen auf die im Arbeitsprogramm der Kommission für 2022 angekündigten Legislativvorschläge wie den Rechtsakt zur Cyber-Resilienz, mit dem gemeinsame Cybersicherheitsstandards festgelegt werden sollen. An der sich anschließenden Diskussion nahmen Natalia Kadenko (CyberSec4Europe), Christian Mrugalla (DEU), Ioannis Alexakis (GRI), James Caffrey (IRL), Matteo Lucchetti (ITL), Eddy Boot (NDL), Silje Johansen (Norwegen) und Juan Diez Gonzalez (ESP) teil. Die Diskutanten schilderten zunächst den Aufbau der nationalen Koordinierungszentren in ihren Ländern. Es stellte sich heraus, dass Public-Private-Partnership-Modelle hier überwiegen. Zum Aufbau des nationalen Koordinierungszentrums in DEU erläuterte Christian Mrugalla, dass dieses ausschließlich öffentlich-rechtlicher Natur sein werde und man hierfür auf bereits bestehende Strukturen zurückgreifen wolle. Federführend verantwortlich für die Errichtung des Koordinierungszentrums sei das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Mrugalla wies zudem darauf hin, dass auch das Bundesverteidigungsministerium involviert sei, da man den Aspekt der Cyberverteidigung im Rahmen von Cybersicherheit mitberücksichtige. Er hob hervor, dass ein wesentliches Ziel das Erreichen von „digitaler Souveränität“ sei und die europäische Community im Bereich Cybersicherheit hier einen wesentlichen Beitrag leisten könne. Abschließend tauschten sich die Diskutanten über Möglichkeiten und Modelle aus, wie man die unterschiedlichen Communities und Stakeholder noch besser zusammenbringen und nachhaltig vernetzen kann.

Gespräche von Umweltstaatssekretär Oliver Conz in Brüssel am 18.11.2021

Am 18.11.2021 besuchte Umweltstaatssekretär Oliver Conz die Hessische Landesvertretung in Brüssel. Hier nahm er an einer online Veranstaltung zur neuen EU-Waldstrategie teil (siehe separaten Artikel). Im Anschluss führte er Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission – sowohl aus den Kabinetten der Kommissare für Umwelt und Landwirtschaft als auch aus der Generaldirektion Umwelt. Themenschwerpunkte waren die EU-Waldstrategie, die zukünftige Finanzierung von Klima- und Umweltleistungen, die LULUCF-Verordnung sowie die angekündigten Ziele zur Wiederherstellung der Natur.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten drei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

16./17.12.2021 Europäischer Rat

Rat

29.11.2021 Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)

29./30.11.2021 Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport

02./03.12.2021 Rat Verkehr, Telekommunikation, Energie

06.12.2021 Eurogruppe

06./07.12.2021 Rat Beschäftigung und Sozialpolitik

07.12.2021 Rat Wirtschaft und Finanzen

09.12.2021 Rat Verkehr, Telekommunikation, Energie

09./10.12.2021 Rat Justiz und Inneres

13.12.2021 Rat Auswärtige Angelegenheiten

13./14.12.2021 Rat Landwirtschaft und Fischerei

14.12.2021 Rat Allgemeine Angelegenheiten

15.12.2021 Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft

Europäische Kommission

01.12.2021 Initiative „Global Gateway“ (Konnektivität)
Paket „Sicherheit und Justiz in der digitalen Welt“

- Digitaler Informationsaustausch bei grenzüberschreitendem Terrorismus
- Plattform für die Zusammenarbeit gemeinsamer Ermittlungsteams
- Digitalisierung grenzüberschreitender justizieller Zusammenarbeit

Schengen-Paket

- Revision des Schengener Grenzkodex
- Vorschläge zur Modernisierung bestehender Regeln über den Datenaustausch und die Zusammenarbeit bei der Rechtsdurchsetzung innerhalb der EU und Schaffung eines EU-Kodex für polizeiliche Kooperation

08.12.2021

Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten
 Mitteilung über menschenwürdige Arbeit weltweit
 Aktionsplan für die Sozialwirtschaft
 Instrument zur Abschreckung und Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen durch Drittstaaten
 Nachhaltige Unternehmensführung
 Befähigung der Verbraucher für den grünen Übergang
 Initiative zur Ausweitung der Liste von EU-Verbrechen auf alle Formen von Hassverbrechen und Hassreden
 Individuelle Lernkonten
 Europäischer Ansatz für Micro-Credentials

14.12.2021

Energie und Klima

- Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor
- Überarbeitung des dritten Energiepakets für Gas
- Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden
- Mitteilung der Kommission: Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe
- Empfehlung des Rates zur Berücksichtigung der sozialen und beschäftigungsrelevanten Aspekte des Klimawandels

Paket effiziente und grüne Mobilität

- Überarbeitung der Verordnung über das transeuropäische Verkehrsnetz, einschließlich der Angleichung der Schienengüterverkehrskorridore
- Überarbeitung der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme
- Neuer EU-Rahmen für die Mobilität in der Stadt
- Aktionsplan zur Förderung des Schienenfernverkehrs und des grenzüberschreitenden Personenverkehrs

Verbesserung des Umweltschutzes durch Strafrecht

Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 13. – 16.12.2021

Der 30. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion und die Notwendigkeit einer Bewertung der sowjetischen Massendeportationen, des Gulag-Systems und die Verbrechen der kommunistischen Regime in Europa

Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt: Cyber-Gewalt

Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union im Zeitraum 2018-2020

Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2020

Die Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf die Eigenmittel der EU und auf den Missbrauch von EU-Mitteln mit besonderem Schwerpunkt auf der geteilten Verwaltung

Bewertung von Präventivmaßnahmen zur Vermeidung von Korruption, unregelmäßigen Ausgaben und Missbrauch von EU- und nationalen Mitteln im Falle von Notfallfonds und krisenbedingten Ausgabenbereichen

Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Ein neues Mobilitätsprogramm für EU-Studenten an britischen Universitäten

EU-Zollkontingent für hochwertiges Rindfleisch aus Paraguay

Mindestanforderungen an die Ausbildung von Seeleuten (Kodifizierung)

Luftverkehrsabkommen EU-USA

Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Unterstützung Kroatiens im Zusammenhang mit der Serie von Erdbeben ab dem 28. Dezember 2020

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung - Antrag EGF/2021/002 IT/Air Italy - Italien

Erklärungen des Rates und der Kommission - Stand der Dinge bei der Fazilität für Wiederaufbau und Krisenfestigkeit (RRF)

Europäisches Jahr der Jugend 2022

Erklärung des VPC/HR - Die Lage in Nicaragua

Neue Orientierungen für die humanitäre Aktion der EU

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in den westlichen Balkanstaaten

Ergebnisse des Weltgipfels "Ernährung für Wachstum" (Japan, 7.-8. Dezember) und zunehmende Ernährungsunsicherheit in Entwicklungsländern

Gesundheitstechnologie-Bewertung

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16. und 17. Dezember 2021

Knappheit und Unterbrechung der Lieferketten und Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger der EU

Gesetz über digitale Märkte

Bericht über die Umsetzung des Tierschutzes in landwirtschaftlichen Betrieben

MeToo und Belästigung, die Folgen für die EU-Institutionen

Demokratie am Arbeitsplatz: Ein europäischer Rahmen für die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und die Überarbeitung der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat

Ein EU-Verbot der Verwendung von Wildtieren in Zirkussen

Hemmnisse für den freien Warenverkehr

Ausschuss der Regionen

01. / 02.12.2021 147. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen
Bessere Rechtsetzung
Europas Plan gegen den Krebs
Die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität
Europäisches Konzept für künstliche Intelligenz – Gesetz über künstliche Intelligenz
Beseitigung der Obdachlosigkeit in der Europäischen Union
Entschließung zu dem Vorschlag für ein Europäisches Jahr der Jugend
Entschließung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und zu den politischen Prioritäten des AdR für 2022
EU-Aktionsplan für ökologische/biologische Landwirtschaft
Nachhaltige blaue Wirtschaft und Aquakultur
Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa
Bericht der Europäischen Kommission über die Wettbewerbspolitik 2020
Die geschlechtsspezifische Dimension der Struktur- und Kohäsionsfonds 2021 2027 mit Schwerpunkt auf der Vorbereitung der operationellen Programme

Europäischer Gerichtshof

30.11.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-3/20 LR Generalprokuratura
Immunität eines (früheren) EZB-Ratsmitglieds?

- 30.11.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-14/21 und C-15/21 Sea Watch
Kontrollbefugnisse des Hafenstaats
- 01.12.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-700/20 Schmid / EUIPO - Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark (Steirisches Kürbiskernöl g.g.A.)
Markenstreit im Zusammenhang mit der g.g.A. Steirisches Kürbiskernöl
- 02.12.2021 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 884/19 P Kommission / Xinyi PV Products (Anhui) Holdings und GMB Glasmanufaktur Brandenburg und C 888/19 P GMB Glasmanufaktur Brandenburg / Xinyi PV Products (Anhui) Holdings und Kommission
Antidumpingzölle auf Solarglas aus China
- 02.12.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtssachen C-156/21 Ungarn / Parlament und Rat und C-157/21 Polen / Parlament und Rat
Schutz des EU-Haushalts bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit
- 02.12.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-319/20 Facebook Ireland
Datenschutz – Klagebefugnis von Verbraucherschutzverbänden
- 02.12.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-484/20 Vodafone Kabel Deutschland
Zusatzentgelt bei Zahlung ohne Bankeinzug
- 06.12. Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-718/20 Wizz Air Hungary / Kommission (TAROM; Rettungsbeihilfe)
Rettungsbeihilfe für rumänische Fluglinie TAROM
- 07.12.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-624/20 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Natur des Aufenthaltsrechts nach Artikel 20 AEUV)
Aufenthaltsrecht des drittstaatsangehörigen Elternteils eines minderjährigen EU-Bürgers
- 09.12.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-370/20 Pro Rauchfrei
Warnhinweise beim Verkauf von Zigaretten über Automaten
- 09.12.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-377/20 Servizio Elettrico Nazionale e.a.
Missbrauch marktbeherrschender Stellung im Zuge der weiteren Liberalisierung des italienischen Elektrizitätsmarkts

Europäisches Gericht

- 07.12.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-577/20 Ryanair / Kommission (Condor; Rettungsbeihilfe) Rettungsbeihilfe für Condor
- 08.12.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-127/19 Dyson u. a. / Kommission
Schadensersatzklage im Zusammenhang mit der Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern
- 08.12.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-657/20 Ryanair / Kommission (Finnair II; Covid 19) Beihilfen für Finnair angesichts der Coronakrise

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 17.12.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

